

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher 47 Amt Dönhof 292 bis 307  
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### GA. als Hilfspolizei!

Erlaß über Einberufung von SA., SS. und Stahlhelm

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Ueber die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei ist unter dem 22. Februar 1933 vom Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern folgender Erlaß ergangen:

„Die zunehmenden Ausschreitungen von linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite haben zu einer unerträglichen ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie des Lebens und Eigentums der staatsbewachten Bevölkerung geführt. Die vorhandenen Polizeikräfte, deren ausreichende Vermehrung zur Zeit nicht angängig ist, werden seit langem über ihre Leistungsvorgaben beansprucht und durch die häufige Notwendigkeit des Einsatzes außerhalb der Dienstorte ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet oft zur Unzeit entzogen. Auf die freiwillige Unterstützung geeigneter, als Hilfspolizisten zu verwendender Helfer kann daher im Notfall nicht mehr verzichtet werden.

Aufgabe der nur unter Führung der ordentlichen Polizei einzusetzenden Hilfspolizei wird insbesondere sein:

1. Die Entlastung der ordentlichen Polizei a) durch Unterstützung bei dem Schutz politischer Versammlungen und

Auffüge sowie b) bei der Sicherung von Lokalen und anderen Einrichtungen politischer Organisationen, c) bei Absperrungen und Unterstützung der Landjägerreitern;

2. im Falle von Unruhen oder eines anderen polizeilichen Notstandes a) die allgemeine Unterstützung der ordentlichen Polizei, b) die Übernahme des Schutzes lebenswichtiger Betriebe sowie wichtiger, im öffentlichen Eigentum stehender oder dem öffentlichen Nutzen dienender Gebäude, Einrichtungen und Anlagen.“

Ergänzend sei noch bemerkt, daß zu Hilfspolizisten nur ehrenhafte, wahlberechtigte,

auf nationalem Boden stehende Deutsche

verpflichtet werden dürfen. Die Hilfspolizisten führen einen polizeilichen Ausweis und tragen an ihrer eigenen Kleidung, die auch die Uniform von Verbänden sein kann, als Abzeichen eine weiße, amtlich gestempelte Armbinde mit dem Ausdruck Hilfspolizei. Sie stehen unter Führung von Polizeioffizieren und haben während der Dauer ihres Dienstes die Befugnisse und Pflichten von planmäßigen Polizei- und Landjägerbeamten.

Die Bestellung von Hilfspolizisten bedarf — mit Ausnahme von Berlin, wo der Minister des Innern entscheidet — der Bestätigung des Regierungspräsidenten.

### Eine Erinnerung

Am 13. April 1932 — nach dem Verbot der SA. — stellte der Bürgermeister Worch in Langewiesen in Thüringen zwei Leute vor das Rathaus, verpflichtete sie als Hilfspolizisten und bewaffnete sie. Er trug ihnen Schutz und Bewachung des Rathauses auf. Die beiden Leute gehörten dem Reichsbanner an. Der Bürgermeister hatte von der Kreisdirektion Arnstadt eine amtliche Warnung vor Putschgefahr erhalten.

Es erhob sich damals in der „nationalen Presse“ ein Sturm, die Mücke wurde zum Elefanten gemacht, man fabrizierte Material über die Bewaffnung des Reichsbanners, man schrieb zum Reichspräsidenten — alles wegen der zwei Mann von Langewiesen.

Der Bürgermeister Worch wurde vom Amt suspendiert, Dienststrafverfahren und Strafverfahren wurde gegen ihn eingeleitet.

Wie gesagt, das war im April 1932. Es ist noch kein Jahr her.

### Wie lange?

Eine Frage, die allgemein erörtert wird

Die Frage, wie lange das gegenwärtige Regiment in Deutschland dauern wird, beschäftigt naturgemäß alle Gemüter. Die neuen Minister bemühen sich, ihren Anhängern die beruhigende Zuversicht zu geben, daß es von jetzt ab immer so bleiben wird oder wenigstens noch eine sehr, sehr lange Zeit.

Daran ist an sich nichts Außerordentliches; jede Regierung beginnt mit dem Vorsatz, recht lange zu bleiben. Mit diesem Vorsatz hatten auch Papen und Schleicher begonnen und alle ihre Vorgänger auch.

Was die Erklärungen der neuen Minister so bemerkenswert macht, ist zweierlei. Erstens haben sie offenbar nicht den Sinn, daß die ganze Regierung, so wie sie jetzt ist, unter allen Umständen bleiben soll, und zweitens fällt die Art auf, wie diese Erklärungen in unser lebendiges Verfassungsleben hineingestellt sind. — hier zeigt sich nämlich eine so große Menge gordischer Knoten, daß vielleicht auch das Schwert Alexanders des Großen an ihnen stumpf geworden wäre.

Wenn deutsch-nationale Redner erklären, die Regierung müsse unbedingt auch nach den Wahlen bleiben, so meinen sie damit die deutsch-nationalen Minister, die unter allen Umständen bleiben sollen. Auf das Verbleiben gerade dieser Herren wird bei den Nationalsozialisten weniger Gewicht gelegt. Dort denkt man daran, später den deutsch-nationalen Partner seines Weges ziehen zu lassen und mit dem Zentrum gemeinsame Sache zu machen. Im Lager der Kampffront Schwarzweißrot merkt man die Absicht und wird verstimmt. Mehr noch, man nimmt das Recht zu bleiben mit verstärkter Verbissenheit für sich in Anspruch.

Hier spricht mancherlei für das Bevorstehen dramatischer Zuspitzungen.

Das zweite, was den unbedingten Bleibeanspruch der neuen Männer besonders interessant macht, ist sein Verhältnis zu dem lebendigen Verfassungsleben. Manche werden vielleicht glauben, daß jener Artikel der Reichsverfassung, der das Verbleiben einer Regierung von der Volksvertretung abhängig macht, nicht mehr lebendig, sondern schon tot sei. Es kommt uns in diesem Augenblick nicht darauf an, diese Frage zu vertiefen. Aber es gibt außerdem noch Rechte der Länder, die keineswegs schon abgestorben sind, sondern die sich noch recht kräftig regen, und es gibt auch ein Recht des Reichspräsidenten Reichskanzler zu ernennen und zu entlassen.

Das Entlassungsrecht des Reichspräsidenten ist keineswegs tot. Es ist im Gegenteil seit acht Monaten ein außerordentlich kräftiger Gebrauch von ihm gemacht worden. Brüning ging und Papen ging, und Schleicher ging; sie alle gingen, wie es der Reichspräsident befahl.

Von woher schöpfen also die neuen Männer den Glauben an ihre Unstürzbarkeit? Der Reichspräsident hat den Reichstag vom 6. November aufgelöst mit der Begründung, es solle dem Volke Gelegenheit gegeben werden, zur neuen Regierung Stellung zu nehmen. Diese Aufforderung zur Stellungnahme hätte ja überhaupt keinen Sinn, wenn der Reichspräsident die Absicht hätte, das Kabinett, wie es ist, unter allen Umständen beizubehalten. Die unbedingte Zuversicht der neuen Herren kann sich also auf den Reichspräsidenten nicht stützen. Auf wen oder was denn sonst?

Wir haben in früheren Zeiten oft den Ruf vernommen: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ Der Ruf war

### Genfer Urteil ohne Vollstreckung?

Chinesischer Hilferuf unbeantwortet

Eigener Bericht des „Vormärts“

Genf, 24. Februar.

Die Vollversammlung des Völkerbundes stimmte am Freitag dem Bericht der neunzehner-Kommission mit der Verurteilung Japans wegen der Vorgänge in der Mandschurei zu. Nur Japan stimmte mit Nein. Siam enthielt sich der Stimme.

Nach der Abstimmung erinnerte Präsident Hymans die Parteien an die Pflicht, innerhalb drei Monaten nicht zum Kriege schreiten zu dürfen. Die Anwendung von Gewalt könne den Konflikt nie lösen. Alle Staaten würden sich weiter einsehen für die beschlossene gerechte Lösung. Der Völkerbund werde fortfahren, inmitten des Aufruhrs der Leidenschaften an der Erfüllung seiner Mission zu arbeiten.

Matsuoka-Japan verlor dann eine Erklärung der japanischen Regierung, wonach Japan in der chinesisch-japanischen Streitfrage

nicht mehr mit dem Völkerbund zusammenarbeiten

könne. Die gesamte japanische Delegation verließ daraufhin geschlossen die Sitzung.

Am Nachmittag richtete der chinesische Vertreter Wellington-Koo einen erschütternden Appell an die Versammlung zum

sofortigen Handeln gegen den neuen Angriff Japans

auf die chinesische Provinz Jehol. Eine fürchterliche Schlacht sei bereits seit Tagen im Gange. Das Verhandlungskomitee für die Durchführung der Lösung des Mandschureikonfliktes müsse sich sofort mit den nötigen Maßnahmen befassen. In der Versammlung blieb es auf diesen Anruf still. Beschlossen wurde die Einsetzung eines Konsultations-Komitees für die Durchführung des Mandschureiberichts. Es legt sich zusammen aus den Mitgliedern des neunzehner-Komitees zuzüglich Kanada und Holland. Das Komitee wird Rußland und Amerika zur Mit-

arbeit auffordern und im Bedarfsfall Berichte und Vorschläge an den Völkerbund und alle an der Lösung beteiligten Staaten erstatten. Der Präsident kann die Vollversammlung jederzeit für Entscheidungen einberufen.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung des Völkerbundes gegen Japan hat der japanische Untergeneralsekretär Sugimura seinen Rücktritt eingereicht.

### Japans Austrittserklärung

Genf, 24. Februar.

In maßgebenden englischen, französischen, deutschen und Sekretariatskreisen ist die Auffassung verbreitet, daß die japanische Regierung auf diplomatischem Wege oder telegraphisch im Laufe der nächsten acht Tage, möglicherweise am Montag, ihren Austritt aus dem Völkerbund ankündigt wird. Die Austrittserklärung soll erst nach der Abreise Matsuokas am Sonnabendabend erfolgen.

### Aber weitere Mitwirkung an der „Abrüstung“?

Losio, 24. Februar.

Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat die japanische Delegation in Genf beschlossen, sich an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz auch weiterhin zu beteiligen (Wrd gleichzeitig gegen China Krieg zu führen! Red.)

### Seveghow

Eine neue Rede

Der Berliner Polizeipräsident von Seveghow hat vor der Rechtspreste eine neue Rede gehalten: „Wir wollen dafür sorgen, daß wir Preußen unser Haupt wieder stolz vor der Welt erheben können.“

daß der Satansgeburtstag des 9. November von der Tafel der deutschen Geschichte gelöscht wird.

Sie werden es verstehen, wenn ich über diese

Dinge als alter Soldat nicht allzu lange rede, denn das Motto des Soldaten heißt: handeln!“

Ganz besonders am Herzen liegt ihm die Bekämpfung des „Kultur Bolschewismus“, der deutsche Art bemüht zerstören und zerfehen wolle. Mit erhobener Stimme kündigt der Polizeipräsident rücksichtsloses Vorgehen gegen die Auswüchse an, die sich in Theatern, Kabarets, bei Nachtveranstaltungen und der Prostitution breitmachen.

Unerbittliche Bekämpfung aber sagt er auch allen den verantwortungslosen Elementen der reichshauptstädtischen Presse an, die das Schlagwort vom „Berufsbrecher“ erfunden hat. Es gebe keinen Verbrecherberuf, der Verbrecher sei ein Feind der staatlichen Ordnung, ein Geschwür, das ausgebrannt werden müsse.

### Die Preußenklage

Entscheidung erst nach dem 5. März

Eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die neue Klage Preußens gegen das Reich wird nach einer Mitteilung des Reichsgerichtspräsidenten Rumke nicht vor dem 5. März, also nach den Reichs- und Landtagswahlen, gefällt.

### Rathspiel

Beamte unter dem neuen System

Zu der Sitzung der Stuttgarter Rundfunkrede des Reichskanzlers am 15. Februar teilt das Reichspostministerium amtlich mit: Die Untersuchung hat ergeben, daß die Maßnahmen des Telegraphenbauamts Stuttgart zur Sicherung der Rundfunkübertragungsleistung nicht ausgereicht haben. Das beteiligte Personal des Bauamts ist zurechtgewiesen und der verantwortliche Amtsvorsteher, Oberpostinspektör Koeffinger, aus dienstlichen Gründen auf ein anderes Amt versetzt worden. Gegen den Referenten der Oberpostdirektion Stuttgart, Postbaurat Feucht, und den technischen Betriebsleiter des Südwir. Dr. Kofes, hat die Untersuchung nichts Belastendes ergeben. Beide haben ihre Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

# Wahlfreiheit?

## Sozialdemokratische Versammlung in Cleve von Nazis unmöglich gemacht

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Düsseldorf, 24. Februar.

In Cleve machten Nationalsozialisten eine sozialdemokratische Wählerversammlung unmöglich. Als Referent für diese Versammlung war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Hilferding in Aussicht genommen. Da er verhindert war, ersetzten der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seeger-Dessau. Seeger teilte über die Vorgänge in Cleve folgendes mit:

„Auf der Fahrt nach Cleve wurde in Arefeld von sechs Nationalsozialisten der ganze Zug nach dem ehemaligen Minister Hilferding durchsucht. Als ich darüber einen Bahnbeamten zur Rede stellte, ob die SA-Leute schon das Recht hätten, derartige Handlungen im Bereich der Reichsbahn vorzunehmen, wurde mit einem Kufeljuden geantwortet.“

In Cleve hatte die NSDAP ein Flugblatt gegen die Hilferding-Versammlung verbreitet, das die wüsten Beschimpfungen und darüber hinaus den Anreiz zu gewaltsamem Vorgehen gegen die Versammlung und gegen Dr. Hilferding enthielt. Ein gleiches, im Ton womöglich noch ausfallenderes Flugblatt hatte die NSDAP in Cleve gegen eine für Sonnabend geplante Versammlung der SPD verbreitet. Die sozialdemokratische Versammlung konnte nicht stattfinden. Sie wurde schon eine Stunde vor Beginn aufgelöst.

Ich habe den verantwortlichen Beamten der Clever Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem Erlaß des Reichskommissars Göring

die Polizei die Pflicht habe, die ordnungsmäßige Durchführung politischer Versammlungen zu sichern. Dazu erklärte sich der Clever Polizeileiter trotz der großen Polizeiverstärkung von außerhalb angesichts des Terrors der SA außerstande. Die Clever Polizei hat, solange ich zugegen war, nichts dagegen unternommen, daß sich die SA-Leute politische Befugnisse anmaßten, den Saaleingang absperrten und an der Durchsuchung der Versammlungsteilnehmer nach Waffen mitwirkten.“

### „Saarbrücker Volksstimme“ für Deutschland verboten!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Saarbrücken, 24. Februar.

Der Reichsinnenminister hat durch Verfügung vom 22. Februar das sozialdemokratische Organ für das deutsche Saargebiet, die „Saarbrücker Volksstimme“, auf die Dauer von drei Monaten für das unbesetzte Deutschland verboten.

Es ist das erstmalig seit der vorübergehenden Abtrennung des deutschen Saargebiets vom Mutterlande, daß der Minister einer Reichsregierung ein saardeutsches Blatt verbietet, das wie kein zweites im Kampf gegen den französischen Militarismus und Annektionismus seinen Mann gestanden hat. Fünf Redakteure wurden ausgewiesen. Mehr als ein Dutzendmal ist die „Volksstimme“ von den Befehlungsbehörden verboten worden. Ihr leitender Redakteur mußte

zwei Monate in den belgischen Befehlungsgefängnissen zubringen. Zahllose Leser der „Volksstimme“ haben das gleiche politische und materielle Schicksal der Redakteure erduldet.

### Reichsgericht lehnt ab!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

München, 24. Februar.

Das Verbot der „Münchener Neuen Nachrichten“, das der Reichsinnenminister von der bayerischen Regierung gefordert hatte, wurde vom Reichsgericht abgelehnt.

Inzwischen hat der Reichsinnenminister die bayerische Regierung erjudet, u. a. die sozialdemokratische „Münchener Post“, das „Bamberger Volksblatt“ (Organ des bayerischen Volksparteiführers Prälat Leicht), den katholischen „Lichtfrauenbote“ von Altötting und das Organ der christlichen Gemäßigten „Der Arbeiter“ zu verbieten. „Der Arbeiter“ soll gleich auf acht Wochen unterlagert werden. Die Entscheidung der bayerischen Regierung über die Ersuchen des Reichsinnenministers steht bisher noch aus.

### Der Fall „Niederrheinisches Tageblatt“

Düsseldorf, 24. Februar.

Zu der Beschwerde der Zentrumsparlei bei dem Reichskommissar Göring wegen einer angeblichen Vorkensur des „Niederrheinischen Tageblatts“ in Kempen teilt die Pressestelle der Regierung in Düsseldorf mit: Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Mitteilung, der Verlag des „Niederrheinischen Tageblatts“ in Kempen habe vom Landrat eine Verfügung bekommen, daß der Polizeikommissar von Kempen beauftragt sei, die Zeitung vor der Herausgabe durchzusehen und festzustellen, ob sie herausgegeben werden darf, den Tatsachen nicht entspricht. Der Landrat hat an das „Niederrheinische Tageblatt“ überhaupt keine Verfügung gerichtet, auch hat er keinerlei Verfügung erlassen, welche in Widerspruch zu den presserechtlichen Bestimmungen steht.

### Naziüberfall in Chemnitz

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Chemnitz, 24. Februar.

In Chemnitz überfielen Nationalsozialisten am Theaterplatz einen 21jährigen Jungbannermann. Sie verletzten ihn schwer. Ein Polizist, der ihn schützen wollte, wurde heftig geprügelt. Mit Knöpfen und Stacheltuten wurde der am Boden liegende Reichsbannermann derart mißhandelt, daß er mit einem Schädelbruch in ein Krankenhaus transportiert werden mußte. Die Schlägen verletzten ihn nicht weniger als sieben Nägel in den Kopf. Sein Befinden ist sehr ernst.

### Verboten!

„Deutsche Reichszeitung“ in Bonn: 3 Tage. „Herzogener Zeitung“ in Herzogenrath: drei Tage. „Junge Front“ in Düsseldorf: 8 Wochen. „Arbeiterzeitung“ in Bremen: 6 Tage.

### Beschlagnahmt

„Tribüne“ in Erfurt, „Volkswille“ in Hannover, Wahlplakate der Staatsparlei in Braunschweig.

## Karl-Liebknecht-Haus Von der Polizei geschlossen

Gestern vormittag ist das Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz, das Zentralgebäude der kommunistischen Partei Deutschlands, von der Polizei besetzt und bis auf weiteres geschlossen worden.

Die amtliche Pressestelle gibt darüber folgenden Bericht: „Gestern sind in der Citydruckerlei im Gebäude des Karl-Liebknecht-Hauses auf Grund des § 7 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. d. M. eine ganze Reihe von Flugblättern der KPD beschlagnahmt worden, die zu hochverräterischer Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten auffordern. Auf Grund des § 23 dieser Verordnung ist daher das Karl-Liebknecht-Haus sofort geschlossen worden.“

Der amtlichen Verlautbarung ist ein längerer Kommentar beigegeben, in dem u. a. gesagt wird, daß der Berliner Polizeibezirk in der letzten Zeit mit Flugblättern der KPD, gerabozu überschwemmt worden sei, daß diese Flugblätter eine Vergiftung der politischen Atmosphäre darstellten und daß man, um dem Uebel an die Wurzel zu gehen, den Hauptherd der Verbreitung solcher Flugblätter beseitigen müsse. Bei der Durchsuchung der City-Druckerlei sei eine Unmenge von Material staatsfeindlichen Inhalts aus Tageslicht gefördert worden. Die Polizei werde in Zukunft ihre größte Aufmerksamkeit auf die zahllosen kleinen geheimen kommunistischen Druckerereien in Berlin und in Preußen richten.

# Berlin bleibt rot!

Heute demonstrieren die Kreise:

- 4. Kreis: Sonnabend, den 25. Februar: Umzug durch den Bezirk. Treffpunkt 16 Uhr. Helmholtzplatz, an der Lettstraße.
- 5. Kreis: Sonnabend, den 25. Februar, 16½ Uhr: Umzug durch den Bezirk. Treffpunkt: Friedenstraße. Aufstellung rechte Seite vom Landsberger Platz (Promenade).
- 14. Kreis — Neukölln: Die Eiserne Front marschiert. Massendemonstration am Sonnabend, dem 25. Februar. Treffpunkt: 17 Uhr Reuterplatz.

Für die Freiheit der Arbeiterklasse!

## Unsere nächsten öffentlichen Partei- und Betriebs-Veranstaltungen:

- 7. Kreis: Die Demonstration findet nicht statt.
- 2. Kreis — Spandau: Sonnabend, den 25. Februar, 20 Uhr, im Lokal Walter Krause, Gatow: „Berlin bleibt rot!“ Referent: Dr. Walter Pahl.
- 20 Uhr im Cladow Hof, Cladow, Dorfstraße: „Berlin bleibt rot!“ Referent: Heinrich Witt.
- 85. und 86. Abt. — Tempelhof und Mariendorf: Sonnabend, den 25. Februar, 20 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße: „Berlin bleibt rot!“ Referenten: Erich Ollenheuer und Anna Geyer.
- 108. Abt. — Köpenick: Sonnabend, den 25. Februar, 20 Uhr, im Lokal Troppens, Müggelheim: „Berlin bleibt rot!“ Referent: Fritz Klatt.
- Hauptwerkstatt, Fuhrhof 1 bis 4 und Fuhrpark: Sonnabend, den 25. Februar, 15½ Uhr, bei Wertalla, Hohenlohestraße 5, Kundgebung. Thema: „Um was geht es?“ Referent: S. Katzenstein.
- BVG-Betriebshof 15 — Halensee: Sonnabend, den 25. Februar, 19½ Uhr, im Lokal Sandmann, Westfälische Straße 42. Thema: „Berlin bleibt rot!“ Referent: Karl Dressel.
- AfU-Arbeiter des Bezirks Friedrichshain: Sonnabend, den 25. Februar, 19 Uhr, bei Blamert, Weberstr. 24: Eiserner-Front-Kundgebung. Referent: Hans Marx.
- SPD-AfU-Arbeiter des Bezirksamts Prenzlauer Berg: Sonnabend, den 25. Februar, 19 Uhr, im Altersheim, Danziger Str. 62. Referent: Josef Klein.
- Massenkundgebung des Sozialistischen Kulturbundes „Für Freiheit, Volk und Sozialismus“: Die am vorigen Sonntag in der Berliner Volksbühne vorgesehene Massenkundgebung, die in letzter Minute unterbunden wurde, findet am Sonntag, dem 26. Februar, vorm. 11½ Uhr (Einlaß 10½ Uhr) in der Neuen Welt, Hasenheide, statt. Redner: Kultusminister Grimm, Chefredakteur Fr. Stämpfer, Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.; außerdem ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Veranstaltung wird umrahmt durch Männerchöre (ausgeführt vom Neuköllner Sängerkor unter Leitung von Georg Oskar Schumann), Rezitationen (Martha John). Einlaß 30 Pf. Die bereits ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.
- 1. Kreis — Mitte: Sonntag, den 26. Februar, vorm. 11½ Uhr: Frauen-Filmvorführung in den Imperial-Lichtspielen, Rosenthalerstr. 41. 1. Film: Am Rande der Großstadt. 2. Ansprache: Käthe Kern. 3. Film: Niemandsland. Eintritt 40 Pf. Der Reinertrag wird der Arbeiter-Wohlfahrt für Aufrechterhaltung ihres Erwerbslosenhomes überwiesen.
- 5. Kreis — Wedding: Massendemonstration am Sonntag, dem 26. Februar. Treffpunkt: Leopoldplatz, Spitze Malplauetstraße. Abmarsch: 14 Uhr. Schlußkundgebung auf dem Brunnenplatz. Ansprache des Gen. Franz Künstler, M. d. R. Um 13 Uhr: Konzert der Reichsbannerkapelle auf dem Leopoldplatz.
- 7. Kreis — Charlottenburg: Sonntag, den 26. Februar, mittags 11½ Uhr: Film-Matinee im Piccadilly, Charlottenburg, Bismarckstr. 93/94. Vorführung des Filmes „Die hölzernen Kreuze“. Ansprache: Gertrud Hanna, M. d. L.
- 2. Kreis — Spandau: Sonntag, den 26. Februar, 17 Uhr: Frauen-Nachmittag in Sawades Feestsälen, Spandau, Schönwalder Straße 98/99: „Frauen kämpfen für euer Recht!“ Referentin: Klara Bohm-Schuch, M. d. R.
- 11. Kreis: Sonntag, den 26. Februar: Gemeinsame Demonstration der westlichen Kreise. Treffpunkt: 14½ Uhr Eisackstraße (Innsbrucker Platz).
- 84. Abt. — Lankwitz: Sonntag, den 26. Februar, vorm. 11 Uhr: Filmveranstaltung in den Glorie-Lichtspielen, Lankwitz, Mühlenstr. 21. Vorführung des Filmes „Gilgi“. Ansprache der Genossin Lisa Albrecht. Eintritt 50 Pf. Karten sind bei den Bezirksführern zu haben.
- 114. Abt. — Lichtenberg: Sonntag, den 26. Februar, 18 Uhr, im Tivoli, Lichtenberg, Weichselstraße 6: Frauen-Werbewerksveranstaltung. Ernste und heitere Rezitationen von Friedel Hall.
- 120. Abt.: Sonntag, den 26. Februar, 10½ Uhr, bei Tempel, Prinzenallee 45, Kundgebung. Thema: „Berlin bleibt rot!“ Referent: Karl Dressel.
- 131. Abt. — Niederschönhausen: Sonntag, den 26. Februar, 17 Uhr, bei Tinus, Blankenfelde, Hauptstr. 33: „Berlin bleibt rot!“ Referent: Karl Dressel.
- 132. Abt. — Blankenburg: Sonntag, den 26. Februar, 18 Uhr, bei Klug, Blankenburg, Dorfstraße 2: „Berlin bleibt rot!“ Referent: Georg Maderholz, M. d. L.
- 139a. Abt. — Freie Scholle: Sonntag, den 26. Februar: Demonstrations-Umzug. Treffpunkt: pünktlich 14 Uhr Egidyst. (südlicher Teil). Abmarsch pünktlich 14½ Uhr. Marsch durch Egidyststraße — Moorweg — Schollenweg — Straße 103 — Straße 56 — Moorweg — Schollenweg — Lillenthalhof — Steilpfad — Erholungsweg — Straße 50 Lillenthalhof. — Dort Schlußkundgebung. Ansprache: Bürgermeister Alfred Henke. „Berlin bleibt rot!“

unsinnig, denn der Reichspräsident hatte damals eine ungeheure Macht, eher zu viel als zu wenig. Es ist aber auffallend, daß dieser Ruf seit geraumer Zeit völlig verstummt ist. Man hat dem Reichspräsidenten von ganzem Herzen die Macht gegönnt, diese Regierung zu ernennen. Man denkt, wie es scheint, nicht allenthalben gern daran, daß der Reichspräsident dann logischerweise auch die Macht haben muß, diese Regierung zu entlassen.

Der Reichspräsident wünscht Stellungnahme des Volkes zu dieser Regierung, und am übernächsten Sonntag sollen die Stimmen gezählt werden. Dabei wird jede Stimme, die für die Parteien links der Volkspartei abgegeben wird, als eine kategorische Aufforderung zu betrachten sein, die gegenwärtigen Regierungsverhältnisse einer eindeutigen Klärung zu unterziehen. Wenn nun diese Stimmen des Protestes und der Beurteilung am 5. März die Mehrheit haben werden — was dann? Wird dann der Reichspräsident einer Minderheit das von ihr beanspruchte Recht erteilen, über die Mehrheit zu regieren und dies in der Weise zu tun, wie sie es in den Wochen vor der Wahl begonnen hatte?

Die Entwicklung der nächsten Zukunft schließt also die Möglichkeit verschiedener Konflikte in sich ein: eines Konflikts zwischen den gegenwärtigen Koalitionsparteien, Nationalsozialisten und Deutschen, eines Konfliktes zwischen dem Reich und den noch nicht vom Hakenkreuz regierten Ländern, schließlich eines Konflikts zwischen der Mehrheit und der Minderheit des deutschen Volkes. Leider freilich dürfte die antisozialistische Mehrheit, die wir von dieser Wahl erwarten, zu einheitlichen Operationen in positiver Richtung kaum fähig sein, und auf dieser Tatsache allein beruhen alle Berechnungen des deutschen Faschismus. Man hat gleichwohl in der Geschichte schon manchmal den Fall erlebt, daß Mehrheiten, die aus den verschiedensten Richtungen zusammengesetzt waren, im Angriff auf einen gemeinsamen Gegner eine außerordentliche Stohkraft entwickelt haben.

Am 5. März eine gewaltige Mehrheit gegen das heutige Regierungssystem, an ihre Spitze die Sozialdemokratie — diesem Ziel gilt unsere Arbeit in den schicksalsschweren nächsten Tagen!

## Hitler in Bayern

„Ausgehend von dieser bayerischen Stadt“

Eigener Bericht des „Vorwärts“

München, 24. Februar.

Am Freitagabend hielt Hitler hier eine Rede. Es war eine rein nationalsozialistische Veranstaltung, andere Organisationsformen, vor allem der Stahlhelm, hatten in öffentlich abgelegenen Erklärungen die Teilnahme abgelehnt. Auch der Zugang aus der südbayerischen Provinz erfolgte nicht in dem erhofften Umfang, obwohl die Reichsregierung die Ausgabe von Sonntagsausfahrten mit vierstündiger Gültigkeit angeordnet hatte. Selbstverständlich hatte der bayerische Sender die ganze Veranstaltung als Auftragsarbeit der Reichsregierung übernehmen müssen. Mit allergrößten Vorsichtsmahregeln wurden die Zeitungen gelegt. Sämtliche Arbeiten wurden nur von Beamten des Rundfunks ausgeführt und die Arbeiter und Techniker dabei ausgeschaltet, damit sich der Stuttgarter Vorfall ja nicht wiederholen sollte.

Den ganzen Tag über herrschte in München etwas dicke Luft, die das Aufkommen von Gerüchten begünstigte. Sogar von Attentatsplänen auf Hitler hatte die Polizei erfahren, was sie veranlaßte, in den roten Vororten von München, Maaß und Untermenzing, eine Reihe von Kommunisten und auch Sozialdemokraten in Schutzhaft zu nehmen, darunter auch den sozialdemokratischen Partei- und Reichsbannerführer der genannten Orte, die aber nach einem Verhör nachmittags wieder freigelassen wurde.

In seiner Rede führte Hitler u. a. aus: „Damit, daß wir ausgehend von dieser bayerischen Stadt Kämpfer für des Reiches Größe und Herrlichkeit geworden sind, haben wir mehr getan für den Ruf und für die Ehre Bayerns als diejenigen, die nur dauernd im Hof und in der Feindschaft gegen das andere Deutschland die einzige Aufgabe ihres Lebens erblickten.“

Rur ein Wahnsinniger könnte es unternehmen, Bayern in die Rolle eines Deiterreich hineinzuhängen. Wenn auch der eine oder andere meint, eine Mainlinie andeuten zu müssen, so mögen die Millionen im übrigen Deutschland überzeugt sein, daß das nicht Bayern und nicht Süddeutschland ist, sondern nur eine Partei. Wenn je diese Frage kommen sollte, dann wird aus Bayern selbst ein solcher Versuch zerbrechen und zerfallen.“

Den Vorbeimarsch seiner Parteitruppen nahm Hitler zwischen 23 und 24 Uhr vor dem Braunen Hause ab.

Zum 15jährigen Jubiläum der Roten Armee richtete Kriegsminister Boroschilow einen Tagesbefehl an die Armee.

# Nackter Hunger in Berlin

Erschütternde Feststellungen im Bezirk Kreuzberg

Auf dem Umweg über die Hygiene-Sektion des Völkerbundsekretariats in Genf erfährt man von Untersuchungen an arbeitslosen Besuchern des Gesundheitshauses im Bezirk Kreuzberg. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist in einer Denkschrift des Völkerbundes zu lesen, die von der Zeitschrift „Archiv für Soziale Hygiene“, Heft 5/32, besprochen wird. Die Zeitschrift nennt die Ergebnisse dieser Untersuchung „besonders beängstigend“. Es handelte sich dabei vor allem um die Feststellung des Ernährungszustandes der Arbeitslosen. Dieser hat sich mit dem Fortschreiten der Krise in geradezu erschreckendem Maße verschlechtert. Allein in den letzten Monaten haben die untersuchten Erwerbslosen durchschnittlich 3 bis 4 Kilogramm ihres Körpergewichts verloren! Dann hat man an einem bestimmten Tage 33 gefundene — nicht etwa kranke — Besucher des Hauses gewogen. Da steht nun der erschütternde Fall Nr. 5 in der Denkschrift nachzulesen.

Alter des Mannes: 50 Jahre; Größe 1,67 Meter; erwerbslos seit 1923; Gewicht nur noch 52 Kilogramm. Oder der Fall Nr. 4: Alter des Mannes 49 Jahre; Größe 1,61 Meter; erwerbslos seit 1930; Körpergewicht nur noch 49 Kilogramm. Ebenso der Untersuchungsfall Nr. 27, ein 35jähriger Mann, der gleichfalls nur noch ein Gewicht von 49 Kilogramm hatte. Insgesamt sind 17 Männer gewogen worden. Zwei erreichten keine 50 Kilogramm mehr an Gewicht, zwölf blieben unter 60 Kilogramm, zwei wogen etwas über 60 Kilogramm und ein einziger der zufällig Untersuchten wog 63 1/2 Kilogramm. Man kann es ruhig sagen: Noch verhungert aber waren die sechzehn untersuchten Frauen. Da ist der Fall Nr. 19. Alter der Frau 45 Jahre; Größe 1,65 Meter; ohne Erwerb seit 1931; Körpergewicht 40 Kilogramm! Oder der Fall Nr. 15. Alter 30 Jahre; Größe 1,45 Meter; ohne Arbeit seit 1931. Körpergewicht ebenfalls nur 40 Kilogramm. Im ganzen hatten zwölf von den sechzehn unglücklichen Frauen ein Gewicht von nicht 50 Kilogramm, nur vier wogen über 50 Kilogramm; die schwerste wog 112 Pfund. So abgemagert sind die Berliner Erwerbslosen. Die von hervorragenden Wissenschaftlern herausgegebene Zeitschrift kommt zu folgendem Schluss: „Das sind Zustände, die bereits an Beobachtungen erinnert, die während der schlimmsten Kriegsjahre in Deutschland in geschlossenen Anstalten oder bei Proletariern gemacht worden sind.“

Die in erstaunlicher Kleinarbeit zusammenge stellte Denkschrift der Hygiene-Sektion des Völkerbundes vermerkt übrigens auch die Angaben einer Lebensmittelfirma über deren Kleinverkauf an Margarine. An sich ist es eine bekannte Tatsache, daß ungefähr im gleichen Maße, wie der Butterverbrauch ab sinkt, der Margarineverbrauch ansteigt. Bei den Angaben der Firma kommt aber noch die außerordentliche Abwanderung des Konsums von den teuren zu den billigen Margarinearten zum Ausdruck. So kostete zum Beispiel die Margarine erste Sorte im Jahre 1929 noch 95 Pf., im Jahre 1931 nur noch 90 Pf. In der gleichen Zeit aber war ihr Verbrauch um 93 Proz. zurückgegangen. Die Margarine zweiter Sorte kostete 1929 noch 68 Pf., zwei Jahre später kostete das Pfund derselben Ware nur noch 55 Pf.; trotzdem sank der Verbrauch um 27 Proz. Aber die dritte Sorte, sie kostete 1929 je Pfund 58 Pf.; bereits 1931 war ihr Preis auf 40 Pf. gesunken und der Verbrauch dieser geringwertigen Sorte jedoch war um 34 Proz. gestiegen! Jeglicher Kommentar hierzu ist überflüssig.

In diesem Zusammenhang noch einige bezeichnende Ziffern, die die zentrale Schul-

verwaltung des Berliner Magistrats mitteilt. Diese Verwaltung hat kürzlich Nachfrage gehalten, welche Eltern der Schulkinder keine Lernmittel mehr kaufen können. In Frage kamen die Kinder aller Arbeitslosen, Krisen-, Wohlfahrts- usw.-Unterstützungsempfänger und Kurzarbeiter. Da stellt sich folgendes heraus:

Schüler davon arm		
Höhere Schulen . . .	68 863	20 704 = 30 Proz.
Mittelschulen . . .	12 453	4 764 = 38 Proz.
Volksschulen . . .	284 286	126 126 = 44 Proz.

Den Höchststand an bedürftigen Volksschülern wies der Bezirk Wedding auf; hier können 58 Proz. der Kinder von ihren Eltern keine Lernmittel mehr bekommen. Am günstigsten liegen die Verhältnisse noch im Bezirk Zehlendorf; hier wurden 20 Proz. der Volksschüler als arm und damit bedürftig festgestellt. Ungefähr den Stadtdurchschnitt hält der Bezirk Treptow, wo 45 Proz. aller Volksschüler keine Bücher und Hefte bekommen können. Die Not, besonders des Arbeiterkindes, schreit zum Himmel!

## Winter in der Siedlung



Zu einem Erlebnis eigenartlicher Art gestaltet sich der reiche Schneewinter für die Stadtrand-siedler. War früher der Schnee in der Stadt etwas, das ihn nicht direkt anging, so ist der Schnee in der Siedlung eine Angelegenheit, mit der er sich persönlich auseinandersetzen muß. Er liegt vor seiner Tür, er kann sich über ihn freuen

oder sich ärgern; auf jeden Fall hat er für seine Fortschaffung zu sorgen. Der erwerbslose Eigenheimbesitzer hofft darum auf das baldige Ende der langen Kälteperiode, denn strenge Herren regieren bekanntlich nicht lange und weiße Winter versprechen nach den bisherigen Erfahrungen reiche Ernten.

## Tod beim Rodeln

Mehrere hundert Unfälle

In den letzten Tagen haben sich auf den vielen Rodelbahnen in der Umgebung Berlins zahlreiche Unfälle beim Wintersport ereignet. Auffallend hoch ist die Zahl der Rodelunfälle.

In den acht Tagen des schneereichen Nachwinters sind allein mehrere hundert Rodelunfälle zu verzeichnen. Während die Unfälle auf den großen sogenannten „offiziellen“ Bahnen verhältnismäßig gering sind, haben sich auf den Rodelbahnen in dem hügeligen Waldgelände des Grunewalds, des Tegeler Forstes und der Umgebung des Müggelsees um so mehr und zum Teil recht schwere Rodelunfälle ereignet. Die Zahl der Leichtverletzten soll 200 übersteigen. Etwa 30 bis 40 Verunglückte mußten mit Knochenbrüchen, Gehirnerschütterungen, Verstauchungen und Quetschungen in die Krankenhäuser gebracht werden.

Gestern hat sich am Bichelswerder leider auch ein tödlicher Unfall ereignet. Der 17 Jahre alte Walter Schneider aus der Bichelsdorfer Straße 43 in Spandau raste mit seinem Rodelschlitten gegen einen Baum. Der junge Mann erlitt schwere innere Verletzungen. Er wurde ins Städtische Krankenhaus Spandau gebracht, wo er einige Stunden nach seiner Einlieferung starb.

## Mord bei Hoppegarten?

In einem Waldteil südlich der Ortschaft Dahlwisch-Hoppegarten wurde am späten Nachmittag des gestrigen Freitag ein graufiger Leichensfund gemacht.

Zwei jüngere Arbeitslose stießen kurz vor der Chaussee in der Gemarkung der Ortschaft Dahlwisch-Hoppegarten zunächst auf einige Kleidungsstücke und dann auf die Leiche eines Mannes, der etwa 25 bis 30 Jahre alt sein mochte. Sie

benachrichtigten sofort die Polizei. Der Tote war nur mit Hemd und Hose bekleidet. Es hatte den Anschein, als ob er sich selbst geschleppt hatte oder als ob ihn der Mörder an den Füßen weiter in den Wald hinein geschleift hatte, um ihn vor den Blicken der Leute zu verbergen, die auf der Straße entlanggingen. Ob der junge Mann hinterrücks überfallen wurde oder auf irgendeine Weise verunglückt ist, muß die Untersuchung ergeben.

## Reichsbanner marschiert

Aufmarschplan für Sonntag

Das Berliner Reichsbanner gibt jetzt für den kommenden Sonntag folgenden Aufmarschplan bekannt: Antreten der Formationen um 12.30 Uhr in Neufölln, Sonnenallee, 13 Uhr Abmarsch durch folgende Straßen: Kaiser-Friedrich, Urban, Camphausenstraße, Kaiser-Friedrich-Platz, Gneisenau-, York-, Goeben-, Wallas-, Neue Ansbacher Straße bis zum Wittenbergplatz. Auf dem Wittenbergplatz findet gegen 14 Uhr ein Platzkonzert statt. Der Rückmarsch erfolgt kreisweise nach Tempelhofer Dorfstraße, nach dem Rudolf-Wilde-Platz und dem Bahnhof Hohenzollerndamm.

## Sie rauben Waffen

Ueberfall in Wernsdorf

In der Villensiedlung Wernsdorf, die einige Kilometer von Erkner entfernt liegt, wurde gestern auf die Villa des Direktors des Jüdischen Krankenhauses in Berlin, Prof. Dr. Rosenstein, ein Bandenüberfall verübt. Mit vorgehaltenen Pistolen drangen Leute in S.A.-Uniform in die Villa ein. Sie stahlen fünf Jagdgewehre und die dazu gehörige Munition. Nach dem Raub flüchteten die Täter in zwei Privatautos.

Die Villa des Professors Dr. Rosenstein, der bei Wernsdorf auch gleichzeitig eine Jagd gepachtet

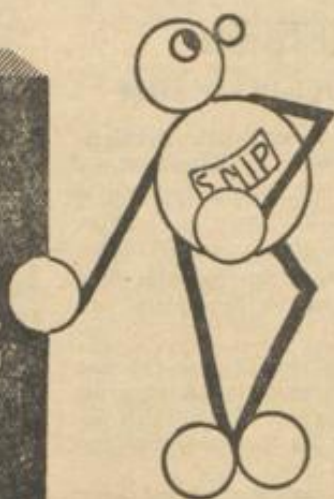
## Wählerlisten einsehen!

Die Listen liegen nur noch bis zum Sonntag aus!

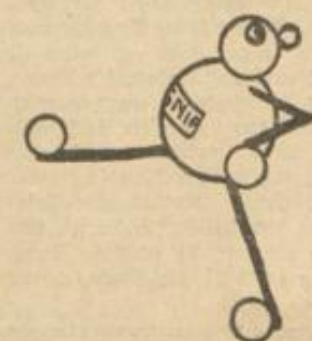
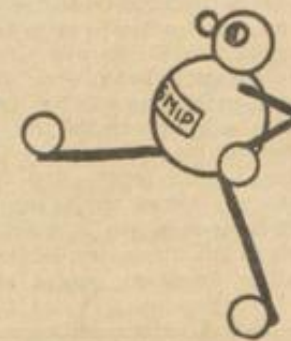
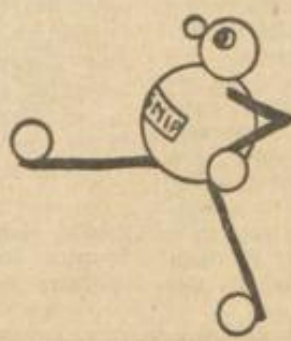
Auslegungszeiten: Heute von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends. Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Wahrt euer Stimmrecht. Auf jede Stimme kommt es an!

hat, wird von einem älteren Chauffeurhepauar und deren Sohn verwaltet. Vor dem Grundstück hielten gegen Mittag zwei Privatautos, denen 15 uniformierte Leute entstiegen. Mit einer geradezu auffällenden Ortskenntnis besetzten mehrere Mann das Telefon, um zu verhindern, daß die Polizei alarmiert würde, während die anderen Mitglieder der Bande in das Jagdzimmer eilten, dort den Waffenschrank erbrachen und fünf wertvolle Jagdgewehre und Munition dazu raubten. Unter den Waffen befinden sich zwei besonders wertvolle Stücke. Das Verwalterhepauar mußte totlos zufliehen, wie sich die Einbringlinge die Gewehre aneigneten und damit flüchteten. Bei einigen der Täter wurden unter ihren Jacken Armeerevolver gesehen.



# REGIE-SPORT 3 1/3 8



SNIP-Spiele in jeder Packung der AUSTRIA

PETER

# Die letzte Rettung

117 Berliner Männer marschieren nach Wittenau

Tausenden von armen Berliner Familien droht jeden Tag die Ueberreichung der Ermittlungsfrage. Andererseits ist nichts klarer als folgendes: Wer mit seiner Frau zusammen 48 M. Wohlfahrtsunterstützung erhält, kann davon nicht noch 30 M. Miete zahlen. Deshalb wollen Tausende ganz von selbst aus ihren teuren, nicht mehr bezahlbaren Wohnungen. Nun lagen bis in den Herbst vorigen Jahres zwischen Wittenau und Tegel knappe 20 Morgen Land brach; Industriegelände, auf dem bis zum Kriseneinbruch die amerikanische General Motors Comp. gewirt-

nischen Automobilmänner sich ihr Fickband bauten, karrten sie allen überflüssigen Sand auf jene 20 Morgen. Das wäre noch nicht schlimm, den Sand kann man wieder wegfahren. Aber die Automobilmänner lehrten auch alle Schläge, alle ihre Lad- und Detreite auf das jetzige Parzellenland, und so ist der Boden fuchtel mit Del und Bad und sonst etwas durchtränkt. Nicht eine Kartoffel würde hier wachsen, stellen die Männer fest. „Aber wir werden die 20 Morgen Land von Wittenau schon wieder urbar machen“, stand einer auf, und dann wurde beschlossen: Wir machen gemeinsam einen Arbeitsdienst. Auf jede Ase von den 117 Männern kommen 80 Arbeitsstunden; wenn jeder einmal in der Woche 8 Stunden schippen kommt, sind sie alle zu Ostern fertig. Jetzt sind die 117 feste beim „Urbarmachen“.

Wenn sie nur nicht so schrecklich arm wären. Nur 4 oder 5 von den 117 haben noch Arbeit. Der eine, der den Häuptling macht, wohnt auf dem Wedding, und da er jeden Tag einschreiben muß, was der einzelne von seinem Konto abarbeitet, muß er jeden Tag auf dem Gelände sein, aber er hat kein Fahrgeld. So läuft er jeden Tag: Wedding—Wittenau, Wittenau—Wedding. Alle Berufe sind dabei: Metallarbeiter, Angestellte, Handwerker, Kellner und Gasseinnehmer. Einer wird jetzt seine Ermittlungsfrage bekommen; er kann die Neubaumiete von monatlich 56 M. nicht mehr aufbringen. Er ist bereits drei Jahre ohne Arbeit. Der zweite ist „erst“ zwei Jahre arbeitslos; er ist insgesamt 224 M. Miete rückständig, jeden Tag kann die

Ermittlung kommen. Der dritte hat einen letzten Ausschub bis zum 15. Februar bekommen, am 1. Februar sollte er bereits wegen 270 M. Mietschuld ermittelt werden. Der vierte, ein Zimmermann aus der Ködliner Straße, ist vier Jahre arbeitslos. In der nassen, düsteren Hofwohnung hat seine Frau die Gicht bekommen. Der Arzt sagt: „Ja, Sie müssen mal eine Reise machen.“ Gut, legt macht der Mann eine Reise: nach Wittenau. So arm sind die 117 Männer; denn wer auch Arbeit hat, bei der Kurzarbeit von heute verdient er vielleicht 5 oder 8 M. mehr als die Unterstützungsempfänger.

Aber ein Unglück kommt nicht allein. Auf das Land wollten sich die Männer Kartoffeln pflanzen. Acht Sektoren werden sie pro Parzelle ernten, haben sie sich überlegt. Das wird gehen, nun wollen sie aber auch zum 15. April, wenn das Hinausziehen erlaubt ist, eine Baube haben. Also zog eine Kommission des Kollektivs nach Tegel zum Holzhändler. Man brauche Balken, Bretter, Türen, Fenster, Dielen. Gut, sagte der Holzhändler, 400 M. pro Baube; jeden Monat 12 M. Abzahlung. Die 117 sprangen vor Freude bis an die Decke. Plötzlich sagte der Holzhändler: „Männer, ich habe mir die Sache überlegt, 550 M. muß ich pro Baube verlangen. Nun sitzen die Männer in ihren Küchen und brüten: „Wo bekommen wir billiges Holz her?“ Dringender noch ist die Frage: Wo bekommen sie einen Brunnen her? 40 M. soll ein Brunnen kosten, aber manchen Tag haben die armen „Bauherrn“ nicht einmal 4 Pfennige in der Tasche, geschweige dann 40 M. Es ist schlimm in der Welt bestellt.

## Neuköllner!

Die Eiserne Front marschiert. Massendemonstration am Sonnabend, dem 25. Februar, Treffpunkt 17 Uhr, Reuterplatz.

Für die Freiheit der Arbeiterklasse!

schaftet hatte. Es ist niemals inferiert worden, es ist niemals propagiert worden, es hieß nur einmal auf den Stempelstellen Berlins: „Du, Kolleg, in Wittenau gib's Land, Quadratmeter 3 Pfennige!“, und am nächsten Tage sicherten sich 117 Männer die 117 vorhandenen Parzellen.

Dann machten sie eine Versammlung und rechneten: das Land ist verdreht. Als die amerika-

## Schularzt untersucht die Jüngsten

Der Neuerschulung jedes Berliner Kindes geht eine gründliche ärztliche Begutachtung durch den Schularzt voran. Dabei wird das Kind auf seine gesamte körperliche und geistige Konstitution sorgfältig geprüft, um vor allem festzustellen, ob es überhaupt schon „schulreif“ ist. Es ergeben sich bei dieser Untersuchung verschiedene Fälle, wo ein allzu zarter Organismus ein Zurückstellen auf ein Jahr erforderlich erscheinen läßt.

### Aufmarsch im Hemd

Die schulärztliche Untersuchung findet im jeweiligen künftigen Schulgebäude des Kindes statt. Im Vorraum nimmt die Schulfürsorgerin die Anmeldung entgegen, dann wird ausgezogen bis aufs Hemd, und jetzt geht's zum Onkel Doktor. Sofern die Mutter die gesundheitliche Betreuung ihres Kindes durch die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Anspruch genommen hatte, liegt dem Arzt hierüber der ärztliche Befund vor. Hierzu sei erwähnt, daß die Zusammenarbeit zwischen Kleinkinder- und Schulfürsorge eine überaus gedeihliche ist und daß es jeder Mutter immer wieder ans Herz gelegt sei, diese vorübergehende Fürsorge ja nicht außer acht zu lassen. In diesen Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes kann durch rechtzeitiges Erkennen und Verhüten körperlicher und seelischer Schäden am kindlichen Organismus außerordentlich Wichtiges geschaffen werden. Wenn auch bedauerlicherweise die Nahrungsaufesserung des Kleinkindes ebenfalls mehr und mehr ein Opfer der Sparmaßnahmen ward, so ist ein Viertelliter Milch pro Tag für ein schwächliches Kind immer noch mehr wie gar keine Milch. Der kleine Schulanwärter befeigt nun erst mal die Wagne, dann stellt er sich unter die Masttabelle, worauf sich der Arzt die körperliche Struktur ganz genau besieht. Er befühlt Knochen- und Muskelbau, wirft einen Blick in den Rachen, untersucht das Zahngebiss und horcht dann genau auf die Tätigkeit von Herz und Lunge. Nach Prüfung von Sehkraft und Farbensinn folgt ein kleiner Dialog, der den Arzt über des Kindes geistige Beschaffenheit informiert.

### Was der Arzt sagt

Der Gesundheitszustand der neuen Schulanwärter ist, gemessen an dem großen wirtschaftlichen Elend der Eltern, nicht gerade schlecht zu nennen. Die Kinder sind in der Mehrzahl natürlich schwächlich und nervös — wie sollte es wohl auch anders sein? Zeichen ausgeprägter Unterernährung machen sich nicht oft bemerkbar, und hier spricht der Arzt den Eltern ein Lob aus, die oft in geradezu aufopfernder Weise für ihres Kindes Wohl sorgen. Ob der kleine Nag, der wohl und kräftig aussieht, so ganz und gar intakt ist, muß erst die Durchleuchtung ergeben; die Mutter ist lungenkrank und hat außerdem einen schweren Gelenkrheumatismus hinter sich. Sein Nachfolger, der kleine blonde Erich, ist so recht ein Kind seiner Zeit. Dürrig, blaß, mit schlaffen Muskeln, hohem Leib und allzu spärlichem Blutbestand. Seine Krankheit ist Baters Arbeitslosigkeit, die seit dem Jahre 1929 datiert und der die elterliche Unterstützung von ganzen 14,75 M. die Woche, wovon

17 M. Monatsmiete in Abzug kommen, keine Kräfte und keine Blutzufuhr vermitteln können. Man will sehen, daß das Kind erst mal zur Erholung verschickt wird. Was der kleine Erich an Körperlichkeit zu wenig hat, das fehlt dem strammen Gerhard an geistigen Kräften. Mit seinen sieben Jahren — er wurde bereits ein Jahr zurückgestellt — fällt er immer noch wie ein Zweijähriger; er kennt keine Farben und kann nicht zählen, hat kein Erkennungsvermögen für Gegenstände oder Bilder, so ist er höchstens für die Hilfschule reif. Das häusliche Milieu ist hier ein recht trauriges; der Vater Kriegsbeschädigter, die Mutter jammert Abfälle, die sie weiterverkauft, sie hat viele Geburten mit mehreren Fehlgeburten hinter sich und auch des Jungen Geschwister sind zum Teil Hilfschüler.

### Woran es fehlt

Den Vätern an Arbeit — von 40 sind 16 arbeitslos, die übrigen verrichten größtenteils Kurzarbeit —, den Kindern an Licht, Luft und kräftigem Essen! Wie wenige Kinder kennen noch ein warmes Frühstück, nachdem das Schulfrühstück lange abgesehafft wurde! Vor allem aber fehlt es an einem richtigen Mittagessen, und zwar an einem, das gar nichts kostet. Denn: über 50 Proz. aller Eltern können die 50 Pfennig pro Woche für die Kinderpeisung heute nicht mehr aufbringen.

## Gefährliche Ehescheidung

### Die Verfehlungen des Obersekretärs

Der Verwaltungsobersekretär Sch. vom Versorgungsamt lag mit seiner Frau in Scheidung. Der Prozeß war langwierig, er wurde zuerst in einer anderen Stadt, dann nach Ueberführung des Obersekretärs in Berlin geführt. Der Mann verlor ihn in der ersten und zweiten Instanz und hatte für die Kosten aufzukommen. Im ganzen sollte er sieben Anwälte bezahlen. Das ging über seine Kraft. Die Anwälte wollten aber ihre Gebühren haben, das Gehalt des Verwaltungsobersekretärs wurde gepfändet, er erhielt monatlich nur noch 79 M. ausgezahlt.

In seiner Bedrängnis verfiel er auf einen ganz neuartigen Trick. In seiner Verwaltung besaßen sich die Listen der Versorgungsberechtigten; er hatte ihnen monatlich die ihnen zukommenden Summen zu senden. Was tat der Herr Oberverwaltungssekretär? Er schrieb vor die Summe, die die Versorgungsberechtigten zu erhalten hatten eine Zahl und wies ihnen so statt 51 451 M., statt 40 340 M. an usw. Dann suchte er die Versorgungsberechtigten auf, erklärte ihnen, sie hätten irrtümlicherweise die hohe Summe angewiesen erhalten und ließ sich von ihnen einen Scheck auf die zweifach gezahlte Summe ausstellen. Damit begab er sich zur Bank und hob den Betrag ab. Seine Verfehlungen waren vielleicht noch lange verborgen geblieben, wenn nicht während seines Urlaubs sein Stellvertreter die eigenhändige Entdeckung gemacht hätte, daß die Ge-

samtsumme der von ihm geführten Liste mit der des Verwaltungsobersekretärs Sch. nicht übereinstimmte. Sch. erklärte sich bereit, auf seine Pensions- und sonstigen Ansprüche zu verzichten, wenn die Sache nicht zur Anzeige gebracht würde. Man versprach ihm dies für den Fall, daß sich nicht noch weitere Verfehlungen herausstellen sollten. Und tatsächlich hatte er noch in einem Falle an einer alten Versorgungsberechtigten ganz besonders gemein gehandelt.

Das Gericht verurteilte den Verwaltungsobersekretär zu 1 Jahr Gefängnis und sprach ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von 5 Jahren ab.

## Defekte Siffenmaschine!

### Fehler in Neukölln bereits behoben

Durch das Veragen einer neuen Adress-Maschine, wie sie zur Zeit bei vielen Wahlämtern für die Eintragung der Wähleradressen in die Listen benutzt werden, sind im Bereiche des Bezirkes Neukölln einige Adressen herausgeblieben. Der Fehler ist inzwischen durch einen Ingenieur der Firma behoben worden.

Wie wir aus Neukölln erfahren, hatte sich an der Maschine unbemerkt ein Stift gelockert, so daß der Magnet nicht funktionierte. Die Folge war, daß in den Wählerlisten einige Namen fehlten. Die Feststellungen haben ergeben, daß in einigen Listen mit verschiedenen hundert Adressen bis zu 13 Wähler pro Bezirk ausgelassen waren. Bereits am Sonntag wurde der technische Fehler durch Reklamationen Neuköllner Einwohner entdeckt. Daraufhin wurden schon am Montag sofort 12 Hilfskräfte eingestellt, die die Listen mit der Zentralkartei verglichen und die Fehler korrigierten. Heute früh werden diese Arbeiten beendet sein.

Obgleich es sich in diesem Falle lediglich um einen technischen Fehler in der Apparatur handelt, ist es Pflicht eines jeden Wählers, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in den Wählerlisten verzeichnet ist. Bekanntlich liegen die Wählerlisten nur noch bis zum Sonntag aus, jeder nutze darum diese kurze Frist, um sich von der Richtigkeit der Eintragungen zu überzeugen.

## Riwitt ist da

Am Alexanderplatz verhaftet

In der Freitag Nacht nahm die Kriminalpolizei den seit November v. J. gesuchten Affessor Dr. Richard Riwiß in der Alexanderstraße in einer Wohnung fest. Im Laufe des heutigen Tages soll er von der Kriminalpolizei verhört werden. Mit ihm ist auch seine Freundin Erna Müller, die ihn seit langem begünstigte, festgenommen worden.

Mit der Festnahme dieses Mannes hat ein Komodie ihren Abschluß gefunden, die schon seit Monaten immer wieder die Öffentlichkeit beschäftigt. Riwiß, einer der Hauptgeschädigten

in der Autoschieber-Affäre des früheren Berliner Hofhausbesizers Erban, stand am 7. Februar das letzte Mal vor Gericht. Er hatte um freies Geleit nachgeliegt und wurde in Moabit von dem Leiter der Untersuchung vier Stunden hindurch verhört. Gemäß einer Vereinbarung mit der Justiz verließ Riwiß kurz nach 2 Uhr nachmittags das Kriminalgerichtsgebäude. Die Fahndung nach ihm durte erst nach zwei Stunden wieder einsehen. Die Zwischenzeit mußte er natürlich dazu aus, um sofort wieder in einem seiner vielen Unterschlupfe zu verschwinden.

## In wenig Worten

Nach dreitägiger Verhandlungsdauer verurteilte das Große Rinstersche Schwurgericht den 26-jährigen Theodor Beifemann aus Nordick bei Herbern wegen Mordes in zwei Fällen, begangen an dem Ehepaar Sudhoff, zweimal zum Tode und wegen Totschlags, begangen an der Maria Schlüter, zu 15 Jahren Zuchthaus.

Infolge eines Herzschlags brach der Lokomotivführer des Berliner D-Zugs kurz nach der Abfahrt von Deutsch-Enghau tot zusammen. Der begleitende Heizer führte den Zug in langsamer Fahrt nach Osterode weiter.

Von einer Lawine wurden in der Nähe von Gattal bei Heiligenblut in Kärnten zwei Wintergäste aus Hamburg, der Versicherungsbeamte Runge und die Kontoristin Hildebrandt, verschüttet. Dem Mann gelang es zwar, sich selbst herauszuarbeiten; er stürzte aber unmittelbar darauf über einen Steilhang tödlich ab. Die Leichen wurden geborgen.

Seit einigen Tagen wüten im Nordwesten Jugoslawiens, vor allem an der dalmatinischen Küste, schwere Schneestürme, die den Verkehr zu Wasser und zu Lande außerordentlich behindern. Im Gebirge liegt der Schnee an manchen Stellen bis zu vier Meter hoch. Auf der Eisenbahnstrecke von Ugram nach Spalato ist ein Zug eingeschneit. In der Nähe des Dorfes Bodovak im Banat Waras (Teil des früheren Bosnien) wurde unter Schneemassen verschüttet die Leiche des 26-jährigen Deutschen Gerhard Groner gefunden.

Das Magdeburger Schwurgericht verurteilte den 18-jährigen Willi Träger, den 24-jährigen Willi Reihner und den 24-jährigen Wilhelm Bartels zum Tode. Sie hatten am Abend des 8. November 1932 die 72-jährige Witwe Friederike Käfer auf dem Hof ihres Grundstückes in Genthin niedergeschlagen und sie dann solange gewürgt, bis sie tot zusammenbrach. Darauf haben sie die Leiche in die Wohnung aufs Bett geschleppt und mit Rissen und Decken zugedeckt. Sie durchsuchten darauf die Wohnung und raubten 50 Mark sowie zwei Uhren.

Wegen Amtsverbrechens wurde der Postkellner F. vom Schöffengericht Schöneberg zu 1 Jahr und 2 Wochen Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte war beim Postamt W. 35 tätig. In seinem Bestellbezirk wohnte in der Lühnowstraße ein türkischer Kaufmann, der nicht gut deutsch schreiben konnte und deshalb dem Angeklagten wiederholt Geldbeträge übergeben hatte, um für ihn Zahlkarten auszustellen und aufzugeben. In einem Fall hatte der Angeklagte von dem ihm übergebenen Betrag 60 Mark einbehalten und die Quittung selbst abgestempelt.

Ein Teil des Metallwerkes Julius und Albert Hirsch in Luckenwalde (Mark) wurde durch Großfeuer eingeeäschert. Der Schaden ist zum größten Teil durch Versicherung gedeckt.

In Manila (Philippinen) brach der aus Dresden stammende Artist Bradow während einer Vorführung seiner Nummer „Die menschliche Kanone“ beim Niederfall ins Netz das Rückgrat und verschied nach kurzer Zeit.

## Erwerbslose unter Terror

SA. vor den Arbeitsämtern

Jeden Tag erhalten wir zahlreiche Klagen von Arbeitslosen über die neuerdings systematisch veranstalteten „SA-Konzerte“ vor den Berliner Arbeitsämtern. Bei diesen Veranstaltungen, die unter dem Schutz der Berliner Polizei durchgeführt werden, werden jeden Tag Arbeitslose, die ein republikanisches oder kommunistisches Abzeichen tragen, aufs schwerste tätlich bedroht. Gestern hatten vor dem Arbeitsamt Weihensee in der Streustrasse drei Stürme der SA. Aufstellung genommen, so daß es vielen Arbeitslosen nur schwer möglich war, überhaupt in das Arbeitsamt zu gelangen. Nach den uns zugegangenen Berichten sind ein Reichsbannermann und zwei Kommunisten blutig geschlagen worden.

# Karl-Marx-Feier!

Montag, den 27. Februar, im Sportpalast, Karten 50 Pf., für Erwerbslose 25 Pf., im Bezirksverband, Lindenstr. 3



# Der Marxismus und die Landwirtschaft

Ist der Marxismus an der Not der Bauern schuld?

„Der Marxismus ist an eurem Elend schuld“, das wird von Dorf zu Dorf von Nazis und Deutschnationalen den Bauern jetzt wieder in die Ohren geschrien. Adolf Hitler behauptet, daß 1918 eine wohlgeordnete Wirtschaft vom kaiserlichen Deutschland übernommen und in 14jähriger Wirtschaftspolitik völlig zugrunde gerichtet worden sei. Das Gedächtnis der Menschen ist kurz. Wir wollen es ihnen stärken. Hier ist die Wahrheit über die „wohlgeordnete“ Landwirtschaft von 1918.

## Die Landwirtschaft war 1918 ein einziges Trümmerfeld

Nach der amtlichen Statistik betrug die Ernte in Millionen Tonnen

	Roggen	Weizen	Hafer	Kartoffeln
1918	12,1	4,4	9,3	52,9
1918 nur	6,6	2,2	4,3	24,7

der Viehbestand in Millionen Stück

	Schweine	Milchkühe	Milchproduktion je Kuh in Litern
1918	25,3	11,3	2000
1918 nur	5,7	8,1	1200

Ein geradezu furchtbares Trümmerfeld. Nicht nur die Getreideproduktion war auf die Hälfte gesunken, auch die Erzeugung von Fleisch, Fett, Milch war in katastrophaler Weise zusammengeschrumpft.

Dieser unerhörte Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion ließ für die Bevölkerung eine erhebliche Verschlechterung der Ernährung. Nach amtlichen Berechnungen sind mehr als 800 000 Menschen allein durch schlechtere Ernährung zugrunde gegangen.

## Wer aber hat dieses Trümmerfeld aufgeräumt?

Sicherlich die Nazis? Nein, die trummelsten, während die Republik und „der Marxismus“ arbeitete. Auch hier Ziffern, die beweisen:

### Im verkleinerten Deutschland fleg von 1918 bis 1932:

die Roggenernte	von 8,6 auf 8,3 Mill. Tonnen
„ Weizenernte	„ 2,2 „ 3,2 „
„ Haferernte	„ 4,3 „ 6,7 „
„ Kartoffelernte	„ 24,7 „ 45,3 „
„ Zahl d. Schweine	„ 5,7 „ 22,8 Mill. Stück
„ d. Milchkühe	„ 8,1 „ 9,8 „
„ Milchproduktion pro Kuh	„ 1200 „ 2000 Liter

Gegenüber dem kaiserlichen Deutschland hat gerade die Republik und haben die „Margariten“ durch Steigerung des Arbeiterlohns dafür gesorgt, daß der Verbraucher mehr kaufen und die Landwirtschaft mehr verkaufen konnte. Unter der Hermann-Müller-Regierung, als Margariten in der Regierung waren, hatte sich pro Kopf der Bevölkerung der

### Verbrauch gegen die Vorkriegszeit erhöht:

Bei Eiern von 30 auf 38 Stück, bei Butter von 122 auf 13,8 Pfund, bei Milch von 133,7 auf 141,6 Liter und bei Zucker von 35,5 auf 44 Pfund! Seit 1930 aber ist es nicht mehr aufwärts, sondern nur noch abwärts gegangen!

„Der Marxismus ist an der Not der deutschen Landwirtschaft schuld“ —; haben die Verbreiter dieser so abgrundtief falschen Behauptung

### nach nie etwas von der internationalen Agrarkrise gehört?

Wissen Sie nicht, daß heute die Agrarpresse überall einen ungeheuren Tiefstand zeigen, vor allem aber dort, wo von Marxismus keine Spur zu finden ist?

In Amerika sanken seit 1928 die Weizenpreise von 11,50 Mark auf 4 Mark je Zentner, die Schweinepreise von 40 Mark auf 30 Mark.

In Polen werden Bauernpferde für 2,50 bis 6 Mark verkauft, die landwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude zerfallen, 90 Proz. aller Betriebe können keine Zahlungen mehr leisten. Ist daran der Marxismus schuld, den es in diesen Ländern gar nicht gibt?

Überall in der Welt bekommt die Landwirtschaft schlechte Preise, weil die kapitalistische Weltkrise Millionen von Arbeitlosen hungern läßt und die Kaufkraft der noch Beschäftigten auf ein Mindestmaß gesenkt hat, und am tiefsten gesenkt hat gerade in den sozialistisch regierten Ländern wie Italien, Polen und Jugoslawien!

## Kaiserliche und republikanische Preisverhältnisse

Wenn aber unter Marxismus die republikanischen Parteien zu vertrieben sind, die seit 1918 in Deutschland Einfluß auf die Regierung hatten, dann ist gerade in den 14 Jahren seit 1918, in denen die Nazis nur getrommelt haben, für die deutsche Landwirtschaft im Vergleich zur übrigen Welt ungeheuer viel zur Erzielung besserer Preise geschehen. Auch hierfür liefert den Beweis: Man vergleiche die Preise, die der deutsche Landwirt und der ausländische Landwirt von 1927 bis 1933 erhalten hat und wie gemäßigt sich das Verhältnis gegen 1913, gegen das kaiserliche Deutschland verbessert hat:

## Die Großhandelspreise betragen in Mark für den Zentner:

	Weizen		Roggen	
	Deutschl.	England	Deutschl.	Polen
1913	9,40	8,40	7,80	7,80
1927	13,40	11,60	12,50	10,—
1931	12,50	3,40	9,20	5,40
1933	9,70	3,60	7,60	3,30

	Schweine		Butter	
	Deutschl.	Polen	Deutschl.	Holland
1913	59,—	59,—	117,50	128,—
1927	65,—	50,—	173,—	170,—
1931	49,—	25,50	125,—	113,—
1933	32,—	21,—	85,—	61,50

Stets sind die Preise in Deutschland weit über den ausländischen gehalten worden, am stärksten in der Zeit der Republik. Die deutschen Agrarpreise sind die höchsten in der ganzen Welt.

Die Verbraucher in Deutschland haben treuwillig zur Erhaltung der deutschen Landwirtschaft eine Last von jährlich 2 bis 3 Milliarden Mark auf sich genommen. Das ist die Leistung der republikanischen Parteien für die Landwirtschaft.

Aber es gibt noch eine andere wichtige Wahrheit, die den Bauern angeht.

# Was wird mit Silverberg?

Schwerindustrielle Boxer im Ring

In dem Kampf zwischen Flick, Böglers und Silverberg gab es am Mittwoch einen Zwischenakt: der Ausschuß des Aufsichtsrates der Rheinischen K.G. für Braunkohlenbergbau und Bricketfabrikation, dem auch Flick selbst angehört, hat das Angebot des RWE über die Dividendenanwartschaft für die Rhein-Braune-Aktionäre in vielen Stunden beraten, aber eine Entscheidung nicht gefaßt. Es wird eine Ausschütsratsvollversammlung zur Einberufung einer Generalversammlung, die selbst über das Angebot entscheiden soll. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich hier um

## Kämpfe und Entscheidungen von höchster allgemeiner Bedeutung

handelt. Generaldirektor Böglers vom Stahlverein, der zugleich Aufsichtsratspräsident bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) ist, und auch im Aufsichtsrat von Flicks „Charlottenhütte“ sitzt, möchte bekanntlich die R.W.E.-Aktien, mit denen das RWE Herrn Flick die zu übernehmenden Rhein-Braune-Aktien bezahlt, zum Austausch gegen die Gelsenkirchener-Mehrheit an das Reich gehen lassen, womit die Reprivatisierung von Gelsenkirchen und damit der Vereinigten Stahlwerke gesichert wäre.

Dieses Ziel ist auch jetzt noch das treibende Motiv für Böglers, der sich in der Meinung der Ruhrherren, die ihm persönlich den Verkauf von Gelsenkirchen an das Reich verübeln, rehabilitieren möchte. Das Ergebnis würde sein, daß das R.W.E. eine volle öffentliche Mehrheit bekäme und die Rhein-Braune-Gesellschaft nach der Ausübung der Flick-Option durch das R.W.E. unter direkte Reichskontrolle käme. Es wird deshalb auch Böglers Einfluß zu verdanken sein — wenn die Generaldirektoren des R.W.E. dabei auch noch so hörbar auf die Zähne beißen —, daß das frühere Angebot des R.W.E. gegenüber den Privataktionären von Rhein-Braune verbessert worden ist.

Flicks Interesse liegt auch in der Richtung der Reprivatisierung des Stahlvereins. Aber das Eisen, über das Flick dann verfügen könnte, interessiert Flick nicht.

### Flick möchte Kohlen mit Selbstverbraucherrecht

für seine mitteldeutschen Stahlwerke und seine Maghütte. Deshalb spekulierte er früher schon etwam auf Gelsenkirchener Offener Steinkohlen und spekulierte jetzt immer noch auf die Harpener Bergbau-Mehrheit, die Silverbergs Rhein-Braune-Gesellschaft im Besitz hat. Silverberg will die Harpen-Mehrheit aber unter feinen Umständen herausgeben und will sie auch gegen den Versuch verteidigen, daß das R.W.E., wenn die Option mit Flick zustande kommt, Flick statt R.W.E.-Aktien die Harpen-Mehrheit geben möchte. Dorum handelt es sich, als in den letzten Tagen davon die Rede war, daß die Rhein-Braune vielleicht direkt das Flick-Paket übernehmen könne. Tatsächlich kann Flick auch offenbar aus der dem R.W.E. angebotenen Option nicht heraus, in erster Linie, weil Böglers wegen seiner Rehabilitierungsziele nicht will. Flick selbst ist aber noch aus einem anderen Grunde in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt.

### Noch dringender als Kohle braucht Flick nämlich Geld oder geldwerte Forderungen.

Aus dem Verkauf seines Rhein-Braune-Paketes er 15 bis 17 1/2 Millionen Buchgewinne in seine Bilanz einsehen. Diese Gewinne braucht er, um überhaupt seine Bilanz

Seit 1931, das zeigt die Tabelle auch, sind die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse immer mehr ins Rutschen gekommen. Die Ursache hierfür ist aber leicht zu finden. Im Jahre 1928, als Hermann Müller noch Reichkanzler war, betrug das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten noch 43 Milliarden Mark, 1932 dagegen nur noch 27 Milliarden Mark. Dieser Rückgang des Arbeitseinkommens um 30 Proz. hat die Verkaufserlöse der Landwirtschaft von 9,2 Milliarden auf 6 Milliarden gedrückt. Seit 1930 aber hatten „die Margariten“ nicht mehr mitzubestimmen! Arbeiternot hat sich als Bauerntod in dieser Zeit erwiesen!

Das Elend der Arbeiterschaft und nicht die „Wirtschaft der Margariten“ ist die Ursache für die Not der Landwirtschaft. Je autoritärer und „nationaler“ aber der Kurs wurde, desto größer wurde das Elend der Arbeiterschaft, desto größer die Verelendung der Bauern.

Das ist die Wahrheit über „die Schuld des Marxismus“ gegenüber der Landwirtschaft. Deutschland kann stolz sein auf seinen „Marxismus“, und der Bauer, der an sein wirkliches Interesse denkt, der wählt nicht Hitler oder Hugenberg, sondern

Liste 2, Sozialdemokratie!

aus dem Preisrückgang erklärt. Mengennäßig halten sich die Umsätze seit einiger Zeit auf der Höhe des Vorjahres. In einem großen Teil der Betriebe wird in Doppelschichten gearbeitet und der Auftragsbestand sichert die volle Beschäftigung auf mehrere Monate. Stöhr wird wahrscheinlich schon für das erste Jahr nach der Sanierung eine Dividende von 5 Proz. verteilen.

Wie kommt es, daß in der Wollindustrie so gut verdient wird? Weil die Unternehmer mit den Preisen für ihre Fertigprodukte nicht so heruntergegangen sind, wie es nach dem Preissturz für Rohwolle nötig gewesen wäre. Setzt man die Preise von 1913 gleich 100, dann ist der Preis für deutsche Wolle auf 67, für australische Wolle auf 60 zurückgegangen. Der Preis für Wollstoffe aber ging nur wenig zurück, für Cheviot auf 79, für Serge nur auf 94.

## Vereister Kapitalismus

Der Jahresbericht der Braunschweigischen Staatsbank

Die Braunschweigische Staatsbank befaßt sich auch in ihrem Jahresbericht für 1932 wieder eingehend mit den wirtschaftspolitischen Ereignissen des vergangenen Jahres. Mit Nachdruck wird eine sorgfältige Pflege des sich nur langsam und zögernd bessernden Kapitalmarktes gefordert.

Wenn das Institut feststellt, daß es durch Steigerung seiner Einlagen der Wirtschaft neue Kredite zur Verfügung stellen konnte

und hieran die Landwirtschaft „trotz der kreditkürzenden Reichsmaßnahmen“ besonders beteiligte,

so liegt in dieser Feststellung eine außerordentlich scharfe Kritik des Kreditengpasses.

Die Verwaltung macht die politische Unruhe und Unsicherheit dafür verantwortlich, daß die Lösung der kreditwirtschaftlichen Erstarrung immer wieder empfindlich gestört wurde. Bei der Unmöglichkeit, neue Pfandbriefe auszugeben, konnte die Staatsbank neue Hypotheken im Berichtsjahr nur so weit begeben, als ihr aus der Rückzahlung alter Hypotheken Gelder zufließen. Der Gesamtbeitrag der Neuausleihungen erreichte daher nur etwas über 706 000 Mark, die sich auf 45 Grundstücke verteilten. Daß

### der kleine Bauer und der Mittelstand die Hauptleidtragenden

dieser Vereisterung des kapitalistischen Kreditwesens sind, zeigt sich deutlich in der Verteilung der Gesamtsumme, die in Hypotheken festgelegt ist. Von insgesamt 9815 Posten entfallen 6980 auf Hypotheken bis zu 5000 Mark und weitere 1829 Posten auf Hypotheken bis zu 10 000 Mark. Von insgesamt 58 Millionen Mark Hypothekensumme entfallen auf Beträge bis zu 20 000 Mark allein 38,2 Millionen, während auf Darlehen von 100 000 Mark aufwärts nur 3,8 Millionen entfallen, die sich auf 28 verschiedene Beleihungen verteilen. Bauernschaft und Kleingewerbe, die heute nur noch in den seltensten Fällen kleine Beleihungen auf ihre Grundstücke erhalten können, bekommen hier die Nachschläge der ewigen politischen Unruhe zu spüren, die sie in Braunschweig wie im ganzen Reich durch das Nachlaufen hinter dem Kapitalismus selbst hervorgerufen haben.

Trotz erheblichen Rückgangs der Umsätze von 5,12 auf 3,81 Milliarden ist der Reingewinn mit 1,42 Millionen Mark gegen 1931 fast unverändert geblieben. Nach Abhebung erheblicher Rückstellungen werden hierüber 1 Million Mark an die Staatskasse abgeführt.

Rußlands Käufe in Deutschland. Die Aufträge der Russischen Handelsgesellschaft betragen im Oktober letzten Jahres 17,4, im November 26,9 Millionen Mark und fügen im Dezember auf 31,3 Millionen.

## Wollkonjunktur?

Stöhr arbeitet in Doppelschichten

In der deutschen Textilindustrie werden die erbärmlichsten Löhne gezahlt. Aber wenigstens in einem Zweige der deutschen Textilindustrie, in der Wollindustrie, wird zurzeit kräftig verdient. Wir meldeten schon vor einigen Tagen, daß die Augsburger Kammgarnspinnerei ihre Dividende von 12 auf 14 Proz. erhöhte, daß die Geraer Strickgarnspinnerei sogar 16 Prozent verteilt.

Seht veröffentlicht der größte deutsche Wollkonzern, die Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. A.-G. Leipzig, einen Börsenprospekt, der recht optimistisch gehalten ist. Im vergangenen Jahre mußte dieses Unternehmen aus Gründen verfehlter Konzern- und Lagerpolitik saniert werden; das Kapital wurde im Verhältnis 10 zu 7 auf 14 Mill. M. zusammengelegt.

Die Beschäftigungslage wird als günstig eingeschätzt. Die Umsätze des ganzen Konzerns sind von 1931 zu 1932 von 24 auf 19 Mill. Mark gesunken, ein Rückgang, der sich fast ganz

# Mehr Arbeit — Nebensache

Von dem Sofortprogramm bleibt immer weniger

Seit Monaten wird um die Durchführung des sogenannten Sofortprogramms für Arbeitsbeschaffung verhandelt. Rund 500 Millionen M. sollten bei der Durchführung dieser Arbeiten eingesetzt werden. Je länger das Hin und Her der Verhandlungen dauert, um so mehr schrumpft der Umfang dieses Programms, das an sich schon nicht geeignet war, eine wirksame Ankerbelug herbeizuführen, zusammen.

Unter anderem war es schon so gut wie abgemacht, daß die Reichsbahn aus dem 500-Millionen-Fonds 60 Mill. M. zur Durchführung wichtiger Elektrifizierungsarbeiten erhalten sollte. Diese 60 Millionen waren schon das mindeste, was die Reichsbahn beanspruchen zu müssen glaubte, denn in ihrem Entwurf zur Arbeitsbeschaffung hatte die Verwaltung rund 150 Millionen angefordert.

Wie jetzt verlautet, soll die Reichsbahn aus den Mitteln des Sofortprogramms überhaupt nichts erhalten, so daß unter diesen Umständen auch die vorgesehenen Elektrifizierungen in Süddeutschland und auf der Strecke Magdeburg — Halle wegfallen. Die Elektroindustrie,

die schon fest mit Aufträgen von 16 Millionen aus diesen Arbeiten gerechnet hatte, geht jetzt selbstverständlich auch leer aus.

Wir sind gespannt, was von diesem Sofortprogramm noch übrig geblieben ist, wenn es zur Vergebung der Aufträge kommt.

## Beimischungszwang für Schmelzkäse

Amfisch wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Landwirtschaft vom 23. Februar wird verordnet, daß jeder im deutschen Zollgebiet liegende Betrieb, der gewerbmäßig Schmelzkäse herstellt, vom 1. März d. J. ab mindestens 95 Proz. des Käses, den er in dieser Zeit verarbeitet, an inländischen Käse zu verwenden hat. Die Schmelzkäsebetriebe werden nach der Verordnung kontrolliert werden. Jeder Schmelzkäsebetrieb muß ab 1. März Bücher führen. Zum Überhandlungen gegen diese Verordnung werden mit hohen Strafen belegt. Dem Verbraucher ist Schmelzkäse im allgemeinen unter der Bezeichnung „Emmentaler ohne Rinde“, „Tilsiter ohne Rinde“ usw. bekannt.

# Berliner Schulen lebenskräftig

## Vortrag von Stadtschulrat Nydahl

Stadtschulrat Nydahl sprach dieser Tage vor der Berliner Presse über das Berliner Schulwesen in den Krisenjahren, wobei er an Hand von Zahlenmaterial einen interessanten Überblick darüber gab, wie sich die Sparmaßnahmen des Staates und der Stadt auf das Berliner Schulwesen ausgewirkt haben.

Die gegenwärtige Gesamtstruktur des Berliner Schulwesens sei durch die gesamte Entwicklung der Nachkriegszeit stark bedingt. Die Kurve der Schülerzahlen gehe selbst bei Nichtberücksichtigung des Schülerausfalls der Kriegesgeburtjahrgänge langsam und stetig zurück. Während man im Jahre 1932 noch eine Gesamtzahl von 285 000 hatte, wird diese Zahl voraussichtlich im Jahre 1938 bis auf 271 000 gesunken sein. In diesem Zusammenhang betonte der Redner die

**Notwendigkeit einer sozialen Schulgeldstaffelung** und erklärte, daß durch die bisherigen Maßnahmen ein Schulgeldausfall bis zu 45 Proz. bei den höheren Schulen und bis zu 55 Proz. bei den Mittelschulen vorliege. Weiter wies er auf das Vorhandensein überzähliger Lehrkräfte hin, sowie auf die fast restlose Entlassung der Professoren, die auf die staatlich angeordnete Kürzung der Wochenstundenzahl zurückzuführen sei. Die Anordnung des Staates zur Einziehung von 11 Lehrstellen habe zu einer Frequenzerhöhung in den Klassen von 33,66 auf 40,5 geführt. Aus diesem Grunde seien in den letzten Jahren keine Anstellungsmöglichkeiten für Lehrkräfte vorhanden gewesen und viele außerplanmäßige Stellen notwendig geworden.

Bei dieser erhöhten Frequenz in den Klassen sei von einem Unterricht auf arbeitschulmäßiger Grundlage kaum noch zu reden.

Noch schwerwiegender sei die Entfernung des jüngsten Jahrzehnts im Lehrkörper, so daß der Schule die Jugend fehle, was sehr be-

denklich sei. Ohne Minderung der Pflichtstundenzahl der Lehrer und der Wochenstundenzahl, sowohl bei Volks- wie bei höheren Schulen, sei auch für die nächsten Jahre mit einer Einberufung junger Lehrkräfte nicht zu rechnen. An der Volksschule würden voraussichtlich Anstellungen der jetzt beschäftigten Hilfslehrer durchgeführt werden können. Als erfreuliche Erscheinung in der Krisenzeit bezeichnete Stadtschulrat Nydahl den stärkeren Andrang zur mittleren Reife. Dann ging der Redner auf die

### Sparmaßnahmen im Schulwesen

und ihre Auswirkungen auf den Etat ein. Das Sinken der Etatszahlen sei in erster Linie auf die Verminderung des Lehrkörpers und den Abbau der Lehrergehälter zurückzuführen, und zwar seien die Zahlen von 113,2 Millionen im Jahre 1928 auf 76,17 Millionen im Jahre 1931 reduziert worden. Die Sparmaßnahmen von Reich und Staat hätten 30,07 Millionen ausgemacht, während die Stadt durch verschiedene Maßnahmen 25,6 Millionen eingespart habe. Besonders seien

### Brandkatastrophe Großbeeren!

Die verbrecherische Tat in Großbeeren hat 9 Familien obdachlos gemacht und ihrer Habe beraubt. — Der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt der Provinz Brandenburg hat durch seine Vertreter am Freitag die betroffenen Familien mit Geldspenden und Wäsche versorgt. Die Not lindern zu helfen ist ein Akt republikanischer Solidarität.

### Spenden nimmt entgegen:

der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt der Provinz Brandenburg-Grenzmark, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 1. Hof II, Telefon: Dönhoff 7770/7771. — Post-scheckamt: Berlin NW, Nr. 147295.

von der Stadt starke Einschränkungen bei Neubauten und der Instandhaltung alter Schulen vorgenommen worden.

Auf sozialem Gebiet, wie Schulgeldermäßigung, Fernmittelfreiheit für bedürftige Schüler, Fahrgehalte usw., seien die Leistungen der Stadt immer noch sehr erheblich. Eine zu starke Einschränkung der Ausgaben für Unterrichtsmittel, für Schul- und Hausgeräte sei allerdings für die Dauer nicht tragbar. Für Schulneubauten habe die Stadt von 1925 bis 1932 73,3 Millionen Mark aufgewendet. Ferner seien noch beträchtliche Mittel für größere Instandsetzungsarbeiten ausgeworfen worden. Die Schulneubauten seien in der Mehrzahl in den Außenbezirken errichtet worden, und zwar handele es sich um 30 Schulhäuser und um 110 Turnhallen. Sämtliche Räume seien restlos besetzt, und von irgendwelchem unnötigen Aufwand könne wirklich nicht gesprochen werden. Jetzt bestehe nur noch die Möglichkeit der Inangriffnahme des „wachsenden Schulhauses“, das nach und nach den Bedürfnissen entsprechend ausbaufähig sei, in der Errichtung von Schulbaracken in der bescheidensten Form für die Stadtrandbesiedlungen.

### Dem Berufsschulwesen

komme in der Zeit der Arbeitslosigkeit erhöhte Bedeutung zu. Die Stadt habe nicht die Absicht, hier irgendwelche Einschränkungen vorzunehmen, zumal sie auch keine Ersparnisse bringen würden, da mehr als 100 hauptsächlich angestellte Lehrer nicht voll beschäftigt werden könnten. Der Rückgang der Schülerzahl bedinge die Möglichkeit einer beruflichen straffen Gliederung und Zusammenfassung aller Schüler nach Berufen, wodurch die theoretische und praktische Ausbildung wesentlich gesteigert werden könnte.

Stadtschulrat Nydahl schloß mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß es der Stadt Berlin trotz der schweren Krisenjahre möglich gewesen sei, die Berliner Schulen lebenskräftig zu erhalten.

Verband der Bühnenautoren vertrat den Standpunkt, daß die Gesellschaft der Funkfreunde nicht von dem Zusammenbruch der Rotter überrascht worden sei, wie sie betone, sondern sie hätte die wahre Lage des Unternehmens schon aus den vielen Siegeln an den Einrichtungsgegenständen entnehmen müssen. Der bisherige Konkursverwalter Rechtsanwalt Paul Adler, wurde schließlich bestätigt. Dem Johann gebildeten Gläubigerausschuß gehören folgende Personen an: Rechtsanwalt Berger, Rechtsanwalt Rehsch, Direktor Bary von der Zentralstelle für Bühnenautoren und Berleger, Feinhuber (Waren-gläubiger) und Rechtsanwalt Simon. Der von einigen Gläubigern vorgeschlagene Geschäftsführer der Gesellschaft der Funkfreunde, Henschke, wurde abgelehnt. Die nächste Gläubigerversammlung wurde auf den 21. März anberaumt.

## Bier Giftmorde?

### Rätselhafter Selbstmordversuch

Am 16. Januar dieses Jahres starb der kriegsbeschädigte Schneider Robert Hiescher, der als Untermieter bei der Witwe Anna Wittmann in Hirschberg lebte, eines plötzlichen Todes. Wenige Tage, nachdem er beerdigt worden war, ließ bei der Polizei aus dem Hause, in dem Hiescher gewohnt hatte, eine Anzeige ein, in der die Vermutung ausgesprochen wurde, daß Hiescher keines natürlichen Todes gestorben sei und einem Giftmord zum Opfer gefallen sein könnte.

Der Verdacht stütze sich vor allem darauf, daß mehrere ältere Männer, die vor dem Invaliden bei Frau Wittmann gewohnt hatten, gleichfalls plötzlich und unter rätselhaften Umständen verstorben waren, so daß die Annahme einer Vergiftung den Anzeigern durchaus wahrscheinlich erschien.

Die Staatsanwaltschaft Hirschberg ließ daraufhin die Leiche des verstorbenen Hiescher, der auf dem Friedhof in Runnersdorf beerdigt war, wieder ausgraben. Die Leichenteile wurden an die Universität Breslau gesandt. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt. Wohl aber wurde die Aufmerksamkeit der Bevölkerung durch einen neuen Vorfall erregt, der mit den früheren Todesfällen in Zusammenhang gebracht wird.

Frau Wittmann hat aus ungeklärten Motiven einen Selbstmordversuch begangen und wurde in bedenklichem Zustande in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Sie wurde dank dem sofortigen Eingreifen der Ärzte gerettet und befindet sich bereits auf dem Wege zur Besserung. Nichtsdestoweniger erscheint es bisher völlig un- aufgeklärt, welches Gift sie bei ihrem Selbstmordversuch benutzte hatte.

## Wie wird das Wetter?

In Berlin: Vorwiegend bewölkt, nur wenig Neigung zur Aufhellung; geringe Schneefälle, mäßiger Frost, nordöstliche Winde. — In Deutschland: Im Osten trübe und Schneefälle, im Westen und Süden zeitweise heiter, Temperaturen nirgends wesentlich geändert.

## Rotters Schulden

### Erste Gläubigerversammlung

Vor dem Amtsgericht Charlottenburg fand die erste Gläubigerversammlung in dem Konkurs über das Vermögen der Brüder Alfred und Fritz Rotter alias Schage statt. Zu dem Termin waren zahlreiche Gläubiger oder deren Vertreter erschienen.

Zunächst gab der Konkursverwalter, Rechtsanwalt Paul Adler, einen ausführlichen Bericht über den Stand und die bereits bekannte Verschuldung der Rotterschen Theaterbetriebe. Er bezifferte die bisher angemeldeten Forderungen auf etwa 3,8 Millionen Mark. Außerdem erörterte er die Frage, ob es nötig war, daß die Einnahmen des Großen Schauspielhauses an die Gesellschaft der Funkfreunde fließen mußten. Der Vertreter des Leiters der Gesellschaft der Funkfreunde, Henschke, vertrat den Standpunkt, daß die Abführung dieser Gelder zu Recht gefordert sei. Aus den Reihen der Gläubiger wurde die Frage aufgeworfen, ob man damit rechnen könne, daß aus den verschiedenen Theaterbetriebsgesellschaften Mittel für den Rotter-Konkurs eingehenden würden, eine Frage, die der Konkursverwalter verneinte. Direktor Bary vom

Studenten nach der Studentenkarte gefragt wurde, zog er es vor, das Universitätsgebäude zu verlassen. Er wurde später auf der Straße festgenommen und von drei Studenten, allerdings nicht mit voller Sicherheit, als einer der Schläger während der Tumulte in der Kantine wiedererkannt. Da die Zeugen auch gestern in der Verhandlung nicht mit Bestimmtheit aussagen konnten, daß Butja an der Schlägerei beteiligt war, wurde er von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen, jedoch wegen Hausfriedensbruchs zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt; er hatte die Universität unehrenhaft verlassen.

Das Verfahren gegen Bode wurde abgetrennt; in der nächsten Verhandlung soll das Personal der Kantine — auch die Kassiererin hat einen Schlag mit einem Stuhl erhalten — anderthalb Dutzend Nazientaufungszeugen und noch weitere Belastungszeugen gehört werden.

## 200 Todesopfer

### Fabrik in die Luft gesprengt

In einer Gummifabrik in Schanghai ereigneten sich dieser Tage zwei schwere Explosionen. Die Zahl der Todesopfer wird auf rund 200 geschätzt. Bisher wurden 80 Leichen geborgen. 70 Menschen sind mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht worden und über 100 werden noch vermisst.

Die Explosionen ereigneten sich in zwei Gasolin-Vulkanisierapparaten in der Fabrik, die sich in einem östlichen Bezirk Schanghais befindet. Durch die erste Explosion wurde ein zweistöckiges Gebäude zerstört. Alle Personen, die in diesem Gebäude arbeiteten, wur-

den entweder getötet oder schwer verletzt. Teile von Maschinen, Steine und Eisenstücke flogen durch die Luft. Kurz danach brach ein Großfeuer aus. Einige Sekunden später ereignete sich eine zweite Explosion. Dadurch wurden das Dach und die Mauern eines Boiler-Raumes in die Luft gesprengt. 160 Mädchen, die dort arbeiteten, wurden in ein Feuer geschleudert, das im Stockwerk darunter wütete. Die gesamte Feuerwehr von Schanghai wurde mobilisiert, um eine Ausbreitung der Flammen auf andere Gebäude zu verhindern.

## Krawallstudenten

### Unter Landfriedensbruchsanklage

Am 17. Januar kurz nach 11 Uhr kam es im Anschluß an die Kundgebung des nationalsozialistischen Studentensyndikates gegen den Breslauer Professor Cohn zu schweren Tumulten und der Universitätskantine. Die nationalsozialistischen Studenten schlugen mit Stühlen und anderen Gegenständen auf die republikanischen Kommilitonen ein, es gab mehrere Leichtverletzte.

Vor dem Schnellschöffengericht hatten sich zu verantworten der 20jährige stud. jur. Bode wegen Landfriedensbruchs, Rebellenführerschaft und unbefugten Waffenbesitzes, der Arbeiter Butja wegen schweren Landfriedensbruchs und Hausfriedensbruchs. Beide Angeklagten bestritten jede Schuld. Einer der angegriffenen sozialistischen Studenten, der Zeuge D., gab folgende Darstellung der Vorgänge: An der Eingangstür zur Kantine habe eine Stimme gerufen: in zwei Minuten sind alle Juden raus! Dann sei eine Kolonne von etwa 30 bis 40 uniformierten Nazis durch den Saal marschiert bis zum hinteren Eingang; die Nazis haben sich in Gruppen verteilt, der Angeklagte Bode sei auf ihn zugekommen mit den Worten: Du Lump bist immer noch hier, habe ihm einen Schlag gegen den Kopf verfehlt, so daß seine Brille zerbrach. Dann seien die Nazis auf ihn und seine Kameraden mit erhobenen Stühlen eingedrungen, erst jetzt habe er selbst einen Stuhl zur Abwehr erhoben. Zwei weitere Zeugen, die am selben Tisch gesessen haben, bestätigten die Aussage, einer von beiden war blutig geschlagen worden.

Der andere Angeklagte, der Arbeiter Butja, hatte im „Völkischen Beobachter“ von der beachtlichen Kundgebung gelesen und war mit einem Parteigenossen trotz der Kontrolle in die Universität eingedrungen. Als er von einem sozialistischen

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einwendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 1. Hof 2 Treppen rechts, zu richten

- 2. Kreis Tiergarten. Achtung, Kreismitglied! Die für Sonntag, 26. Februar, angelegte Demonstration findet nicht statt, weil die Erlaubnis nicht erteilt wurde.
- 7. und 8. Kreis. Quartals-Sprechstunde findet am Sonnabend, 25. Februar, von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4, statt. Gelegenheit zum Redneraustritt.
- 13. Kreis. Sonntag, 26. Februar, 11½ Uhr, Gimmeline in Tivoli-Festspiel, Tempelhofer, mit dem Film „Kameradschaft“. Saalöffnung 11 Uhr. Eintritt 40 Pf. Karten bei allen Bezirksführern.
- 33. Abt. Sonntag, 26. Februar, Befähigung der Gaswerke Danziger Straße. Treffpunkt 13¼ Uhr Danziger Ecke Weißmalder Straße.
- 38. Abt. Die im Rundschreiben für Sonnabend, 25. Februar, festgesetzte Veranstaltung fällt aus. Sonntag, 26. Februar, 8½ Uhr, von den bekannten Rednern aus „Vorwärts“-Kolonie.
- 42. Abt. Der Gefälligkeitsabend des Arbeitstreffes junger Sozialdemokraten fällt aus.

### Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Geschäftsstelle: Lindenstraße 2.

Abt. Tempelhofer, Jung- und rote Finken: Sonntag, 26. Februar, 9 Uhr, Treffen zur Fahrt nach dem Grünwald. 40 Pf.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1984. Abt. Unser Genosse Otto Dumke, Lindenstr. 39, ist plötzlich am 22. Februar im Alter von 59 Jahren verstorben. Erhe seinem Andenken! Beerdigung Sonnabend, 25. Februar, 14¼ Uhr, auf dem Rösenider Friedhof, Rudower Straße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

### Zuendarumbe des Zentralverbandes der Anestellten

Der Singekreuz hat heute von 20 bis 21 Uhr im Jugendheim Lillier Straße 4 unter Leitung von Dr. Hermann Reichendach. Wir bitten um recht rege Beteiligung.

### Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2 vom 1. Treppen rechts.

Referentenschule heute ab 19 Uhr pünktlich. Mädchen-Verein-Kursus heute 19 Uhr pünktlich. 250.1 Wichtige Sitzung am Montag, 17 Uhr, an bekannter Stelle. Die Abteilungen Arminplatz, Charlottenburg-Rod., Westend, Felschenhain, Arden, Roabit II, Reuth VII, Roabit II, Petersburger Viertel, Hohenhafer Vorstadt und Schneeweide 1 müssen noch Delegierte und Jugenddeputat melden!

### Heute, Sonnabend.

Humboldtholz und Rariden: Hotel Karnaval. — Wittenau: Wochenendfahrt. — Wedding-Rod: Treffpunkt zur Fahrt um 8 Uhr Ecke Müllerstraße.

Verdebezirk Prenzlauer Berg: Funktionärskursus des III.-B. KD. Verdebezirk Kreuzberg: Morgen 10¼ Uhr Generalsprobe, Reichenberger Straße.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.** Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebaltskinderstr. 37-38, Hof 2. Dr. Stegling (Ortsleiter): Sonntag, 26. Februar, 11¼ Uhr, Vertreten Söhnhof Eibende zur Kundgebung. Bundesfeier. — Waffensportabteilung. Zug Tag: Sonntag, 26. Februar, Mitgliederversammlung im Bootshauskafé. Wichtige Tagesordnung.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.** Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO 55, Hufelandstr. 31. Reichsbanner Sängerbund, 6. Bezirk: Sonntag, 26. Februar, 11 Uhr, großer Saal der Neuen Welt zur Kundgebung. Montag, 27. Februar, 19¼ Uhr, im Sportplatz, Karl-Marx-Fried. In beiden Kundgebungen ist unbedingt A u s w e i s mitzubringen.

**Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.** Geschäftsstelle: RD. 13, Sofstr. 4. Telefon: E 3 Röntgenstr. 5449. Achtung! Der diesjährige Bezirkstag der Kolonne Berlin findet am 26. Februar an bekannter Stelle um 9 Uhr statt.

**Deutscher Arbeiter-Admirationen-Bund, Bezirksgruppe Schillerpark.** Montag, 27. Februar, um 20 Uhr, Arbeiterheim Wedding, Weststr. 15, Zusammenkunft. Tagesordnung: Wähle die Freiheit! Referent: Genosse Journe. Gäste willkommen.





# Kein Hochverrat!

Eine interessante Entscheidung des Reichsgerichts

Die Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ war durch Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen am 10. Februar auf zwei Wochen verboten worden. Das Reichsgericht hat das Verbot abgelehnt, so daß die Bundeszeitung in dieser Woche wieder erscheinen kann. Die Begründung des Reichsgerichts hat den folgenden Wortlaut:

Der Oberpräsident erlaubt in gewissen Ausführungen des erwähnten Artikels u. a. eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung. Diese Ansicht braucht auf ihre Richtigkeit nicht geprüft zu werden, weil die Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932, die zur Zeit der Veröffentlichung des Artikels die einzige Rechtsgrundlage für den Erlaß des Verbots bildete, keine Vorschrift enthält, auf Grund deren eine Beschimpfung oder böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung zu einem Zeitungsverbot führen könnte. Die erst am 7. Februar 1933 in Kraft getretene Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 kann die fehlende Rechtsgrundlage nicht ersetzen, weil ihr auch als Rechtsnorm rein vorbeugender Charakter keine rückwirkende Kraft zukommt.

Soweit der Oberpräsident in den fraglichen Ausführungen den äußeren Tatbestand der Vorbereitung des Hochverrats (§ 86 StGB.) verwirklicht sieht, könnte er sein Verbot allerdings auf den § 6 Abs. 1 der Verordnung vom 19. Dezember 1932 stützen, dessen Anwendbarkeit mit der aus den §§ 26 der Verordnung vom 4. Februar 1933 ersichtlichen Maßgabe durch das Inkrafttreten dieser Verordnung unberührt geblieben ist. Es fehlt aber hier die Erfüllung des angenommenen Tatbestandes.

Der beanstandete Artikel ruft die Angehörigen der „Hitlerian Front“ in unmissverständlicher Weise zum offenen Kampf mit den bewaffneten Kräften des Staates auf. Gleichwohl erfüllt seine Veröffentlichung nicht die Tatbestandsmerkmale eines Hochverrats des Reichspräsidenten, weil nicht erkennbar ist, daß er in seinem Endziel auf eine gewalttätige Beseitigung der bestehenden (Die Kennzeichnungen im Text sind im Original der Begründung durch Unterstreichen hervorgehoben.) Verfassung gerichtet ist. Aus den beanstandeten Ausführungen spricht sogar eine gewisse Sorge um den Bestand des Reichs in seiner bisherigen Form, eine Sorge, die gerade in dem Mißtrauen zum Ausdruck kommt, das in ihnen den Absichten der neuen Regierung entgegengebracht wird. Der Artikel spricht mit Bezug auf diese Absichten wiederholt ausdrücklich von einer „Gegenrevolution“, die die Freiheit Deutschlands bedrohe und die es mit äußerster Kraftanstrengung abzuwehren gelte. Der Ruf zur Kampfbereitschaft hat also erkennbar die Abwehr eines vermeintlichen Angriffs auf die Verfassung, nicht deren gewalttätige Beseitigung oder Änderung zum Ziele. So bedenklich der Ruf aus dem bereits hervorgehobenen Gesichtspunkte ist und so bestimmt er gewisse Tatbestände des § 9 der Verordnung vom 4. Februar 1933 erfüllt, so wenig kann er in Verbindung mit den §§ 81 bis 86 StGB. aus dem § 6 der Verordnung vom 19. Dezember 1932 beanstandet werden, den der Oberpräsident seinem Verbot zugrunde gelegt hat.

Dagegen enthält der in der Ausgabe Nr. 6 vom 11. Februar 1933 veröffentlichte Artikel „Bestimmung vor dem Sturm“ eine böswillige Verächtlichmachung des Reichsministers Göring im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung vom 4. Februar 1933 in Verbindung mit dem § 1 der Durchführungsvorschriften vom gleichen Tage. Der Tatbestand dieser Vorschrift ist so offensichtlich erfüllt, daß der Auffassung des Oberpräsidenten hier nur beizutreten ist. Der Senat ist aber der Ansicht, daß bei dem Wegfallen zweier wichtiger Verbotsgründe dieser Verstoß mit einem neuntägigen Verbot hinreichend geahndet ist. Er hat infolgedessen das angegriffene Verbot um 4 Tage geführt.

## „Geheimnisvoller Brand“ Nationaler Bericht über Großbeeren

Wir lesen in den „Hamburger Nachrichten“: „Geheimnisvoller Brand. Das sogenannte Gemeindefeuerhaus in Großbeeren bei Berlin brannte vollkommen ab. Sechs Familien sind dadurch obdachlos geworden. Das Gemeindefeuerhaus ist das frühere Armerhaus, das umgebaut worden ist. Der Dachstuhl ist völlig abgebrannt und das Haus innen restlos ausgebrannt. Es wurde das Gerücht verbreitet, daß Nationalsozialisten das Haus angezündet haben, um einem Reichsbannermann einen Streich zu spielen. Die Untersuchung ist im Gange; es haben sich bisher nicht die geringsten Verdachtsmomente ergeben. Es heißt ausdrücklich in dem amtlichen Bericht, daß zwischen einem Fackelzug der Nationalsozialisten und dem Brand kein Zusammenhang besteht.“

Bemerkenswert aber ist folgende Tatsache, die der Reichsbannermann bekanntgibt. Er lagte zu einem Pressevertreter: Er gehöre seit einiger Zeit dem Reichsbanner nicht mehr an. Vor drei Wochen habe er die schriftliche anonyme Drohung erhalten, er habe innerhalb von drei Wochen Großbeeren zu verlassen. Er behauptet weiter, in der Nacht durch einen Schuß in sein Fenster verletzt worden zu sein. Später sei die Haustür eingeschlagen und der Kleiderschrank, den er vor seine Tür gerückt habe, durch eine Handgranate geprenzt worden. Seine Frau sei zuerst, dann er selbst aus dem Fenster gesprungen.“

## Anruhestifter Zentrum

Es wird zur Gesittung gemahnt

Wir lesen in nationalsozialistischen „Angriff“: Zentrumsauschreitungen im Wahlkampf, Beschimpfung des Reichspräsidenten. Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Dr. Schäffer, hat in Forchheim eine Rede gehalten, in der er insbesondere den greisen Generalfeldmarschall des Weltkrieges, Reichspräsidenten von Hindenburg, auf das pöbelhafteste angriff. Er hatte die Schamlosigkeit, zu erklären, die Bayerische Volkspartei habe sich für die Wahl Hindenburgs eingesetzt, weil sie „auch an die Treue des Reichspräsidenten geglaubt“ habe. Diese „Treue“ des Reichspräsidenten glaubte Herr Schäffer darin sehen zu müssen, daß der Reichspräsident sich nun auch auf Gedeih und Verderben mit der Bayerischen Volkspartei verbinden müsse, anstatt das Wohl der gesamten Nation im Auge zu haben.

In dieser Märtyrerrolle hat sich das Zentrum ja stets besonders wohl gefühlt. Es paßt dazu auch das fürchterliche Geschrei des Zentrums, wenn einmal einer seiner Prominenten ein paar bedauerliche Rippenstöße erhält, die wir gewiß nicht billigen, die aber in feinen Vergleich zu sehen sind mit den fürchterlichen Blutspuren, die auch von Zentrumsanhängern gegen Nationalsozialisten verübt wurden, und über die die Zentrumspresse kein Wort verlor.“

Es ist in ganz Deutschland bekannt, daß die Zentrumsanhänger ganz besonders roh und blutdürstig sind, und daß die Zentrumspresse einen ausgesprochenen Sauherdentum pflegt, aber das wird ja nun glücklicherweise anders! Die Nationalsozialisten geben ein Musterbeispiel von Friedfertigkeit und Toleranz, sie führen einen höflichen, friedlichen und gesitteten Wahlkampf in den vornehmsten Formen!

# Der Osthilfefumpfung

Kurt Heinig über seine beschlagnahmte Broschüre

Der Polizeipräsident von Berlin hat die Broschüre des Genossen Heinig, des Berichterstatters des Untersuchungsausschusses über den Osthilfefund, für den Bereich des Freistaates Preußen verboten. „weil durch den Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird“.

Genosse Heinig schreibt uns dazu, daß sein in der Broschüre veröffentlichtes Material, soweit es Zahlen sind, sich ausschließlich aus amtlichen Angaben zusammensetzt. Sie stammen ausnahmslos aus dem Reichskommissariat für die Osthilfe und wurden sämtlichen Mitgliedern des Haushaltsausschusses vorgelegt. Die Angaben über einzelne Fälle stammen ebenfalls ausschließlich aus den Beratungen des Haushaltsausschusses und sind, wie die Protokolle des Ausschusses ausweisen, von den Vertretern des Reichskommissariats für die Osthilfe bestätigt worden. Die Richtigkeit dieser Feststellungen beweisen die Protokolle des Ausschusses.

Der Abgeordnete Dr. Pflieger von der Bayerischen Volkspartei schrieb in diesen Tagen an den Reichspräsidenten und veröffentlichte diesen Brief in ganz Deutschland:

„Für denjenigen, der wie ich, ohne vorgesehene Meinung an die attentative Prüfung der Durchführung des Osthilfegesetzes in den öffentlichen Gebietsstellen Preußens betongetreuen ist, muß als nachgewiesen erachtet werden, daß entgegen den nationalpolitischen Grundgedanken des Osthilfegesetzes nicht nur von Besitzern mehrerer großer Güter in überaus geschmackvoller Weise der Versuch — teilweise leider mit Erfolg — gemacht wurde, die Steuergeelder für eigennützige Zwecke zu ergattern, sondern daß auch mitunter bei der Behandlung von Entschuldigungsanträgen von Großgrund-



Eine sehr weltliche Schule, in der praktischer Anschauungsunterricht erteilt wird.

## Gegensätze

I. Hitler am 23. Februar in Frankfurt (Main): „Wenn sie heute sagen, daß die Entnahme von zwei Millionen aus Staatsmitteln für Parteizwecke nicht Korruption bedeutet, so zeigt das nur, wie verdorben die Herren bereits sind und daß ihnen jedes Gefühl von Anstand abgeht.“

Bislanzler von Papen wiederholte am 18. Februar seine am 30. Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten gegenüber abgegebene Erklärung:

„daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe und daß er den in der Öffentlichkeit beschrittenen Weg persönlicher Ehrentreue bedauere.“

II. Hitler am 23. Februar in Frankfurt (Main): „Heute wollen sie auf einmal im deutschen Namen sprechen. Und sie sagen: wir haben auch an der Front gekämpft. Der deutsche Arbeiter, sowohl — der Marxismus, niemals! Wir ist nicht bekannt, daß Ebert und Scheidemann

und Genossen so sehr an der Front gekämpft hätten.“

Reichstagsabg. Friedrich Ebert an den Reichspräsidenten von Hindenburg:

„Drei Jahre lang habe ich in der Hölle vor Verdun, im Schnee und Eis der Karpathen, in den Sümpfen Rußlands und in Oberitaliens Sonnenlandschaft unter Ihrem Oberbefehl gekämpft und geblutet. Zwei Brüder blieben vor Monastir und am Chemin des Dames. Diese Taten geben mir das Recht, Ihnen gegenüber die Pflicht eines Sohnes im Bedenken an seinen toten Vater zu erfüllen.“

III. Hitler am 23. Februar in Frankfurt (Main): „Das Volk soll noch einmal entscheiden, nicht weil ich nicht die Entschlußkraft besitze, mich mit den Verderbern auch so auseinanderzusetzen. Nein, im Gegenteil: Deutschland wird, ganz gleich, wie am 5. März sein Schicksal ausfällt, nicht in die Hände seiner Verderber wieder zurückfallen. Aber ich würde es begrüßen, wenn die Nation selbst ihr Schicksal erkennt und sich dem jungen Deutschland zur Verfügung stellt.“

Zentrumsführer Kaas am 23. Februar in Danabrad:

„Der Reichstag wurde aufgelöst, weil sich keine Mehrheit bildete. In diesem Moment des Reichspräsidenten ist nicht zu rütteln. Er wollte also eine Mehrheit. Nun frage ich: Wer entscheidet in Deutschland, der Reichspräsident, oder andere parteipolitische Stellen, die uns in der vergangenen Woche mehr als einmal erklärt haben, eventuell könne man auch mit der Minderheit regieren? Ich halte mich an das Wort des Staatsoberhauptes. Dieses Wort hat für mich Goldwert, und wir appellieren an dieses Wort.“

## Gehmut

Die gefallenen Sozialdemokraten haben nur geheuchelt

In der deutschnationalen Zeitschrift „Soziale Erneuerung“ bespricht der Redakteur, ein Herr Schab, eine Schrift von einem gewissen Osthold. In dieser Besprechung heißt es:

„Wie da nachgewiesen wird, daß die Sozialdemokratie ganz bewußt keine nationale Partei ist, wie da im einzelnen gezeigt wird, wie geschickt die Sozialdemokratie schon unter Bismarck, schon vor dem Krieg und dann erst in der heuchlerischen Maske patriotischer Gesinnung während des Krieges die Wunden gelegt hat, die im November 1918 sprangen und dem Marxismus den Sieg brachten, das ist ebenso erschütternd, wie es bei aller Sachlichkeit spannen dargestellt ist.“

Die sozialdemokratischen Kriegsfreiwilligen und anderen Sozialdemokraten, die im Felde ihre Pflicht getan haben, tun es also aus „Heuchelei“! Um ihre Heuchelei nur ganz ernst erscheinen zu lassen, haben sie sich zu Tode und zu Krüppeln schlagen lassen! Nun wissen wir auch, warum so mancher Heimkrieger sich zu den „Nationalen Führern“ rechnen darf: er hat nicht geheuchelt.

Gibt es eigentlich bei den Parteigängern dieser Zeitschrift, außer Herrn Dueltberg, keinen einzigen Menschen, den, wenn schon nicht der politische Verstand, so doch sein Anstandsgefühl dazu treibt, öffentlich gegen diese so unangenehm widerlichen Verleumdungen aufzutreten?

Das Amt des Rundfunkkommissar des Reichspostministers ist mit Wirkung vom 1. März 1933 endgültig dem Staatssekretär Dr. Ing. h. e. Krukowski übertragen worden.

besitzern in einer Weise von den Behörden verfahren wurde, die mit dem Ziele der Osthilfe-erarbeitung unambig in Einklang gebracht werden kann.“

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow veröffentlichte unangekündigt in seinem „Reichswort“ einen Artikel, in dem er feststellte, daß bei dem Osthilfefund „das Wort Korruption in keiner Weise zu scharf, noch irgendwie unzutreffend“ ist. Weiter sagt er:

„Der Skandal der sogenannten Osthilfe fällt der Regierung zur Last, deren einschlägige Organe, anstatt dem Gemeinwohl der Nation zu dienen, dem Eigenruhm einer Rasse in empörender Bereitwilligkeit und verschwiegenem Einverständnis entgegenkommen sind.“

Reventlow fügt noch hinzu: „Das korruptive Element bleibt bedenklich und steilhaft, unwürdig und beschämend, ganz besonders auf dem düsteren Hintergrunde einer Volksoberleitung, die noch nie so groß gewesen ist, wie jetzt seit dem Jahre 1931.“ Die Empörung über den Osthilfefund war bei seiner Erörterung im Haushaltsausschuß des Reichstages so groß.

daß mir auch von nationalsozialistischer Seite entsprechendes Material angeboten worden ist.

Dennoch — meine Broschüre wurde in Preußen verboten, weil durch den Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

Ich freue mich, daß der Polizeipräsident in Preußen wenigstens die Feststellungen des Abgeordneten Pflieger von der Bayerischen Volkspartei und des Abgeordneten Reventlow von den Nationalsozialisten nicht als eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angesehen hat. So habe ich eine sichere Grundlage für meine weitere Klärungsarbeit an der Osthilfe.

# Arme Nation!

Sie ist sich selber Feind

Die Ausschreitungen gegen die Zentrumsführer Stegerwald, Brüning, Wirth usw. werden verfrühdlich durch folgenden Erguß, der im „Völkischen Beobachter“ zu lesen ist:

Das wutverzerrte Gesicht der Berberber Deutschlands blüht uns heute aus jeder Zentrumszeltung entgegen, der infernalische Haß gegen das nationalsozialistische Erwachen

tönt aus jeder Zentrumrede... Wir alle bilden eine Schicksalsgemeinschaft, die vom roten Nordkommunismus bedroht ist. Wer sich für ihn und seine Bundesgenossen der SPD. erklärt, der ist Feind der Nation.

Feinde der Nation! Ein großes Wort. Aber — wie wird uns? Hinter Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten standen bei den letzten Wahlen über die Hälfte der Wähler. Seltsame Nation, deren größerer Teil aus ihren eigenen Feinden besteht!

# Ein Ruf aus Frankreich

Solidaritätserklärung

Paris, 24. Februar.

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes haben am Donnerstagabend eine gemeinsame Rundgebung zu den Ereignissen in Deutschland ertarfen, die das französische Proletariat zur Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie aufruft. „Deutsche Ar-

beiter.“ so heißt es in dem Aufruf, „In diesem Kampfe sind wir bei euch! Eure Sache ist die unfrije. Die Sache der deutschen Demokratie und die des Friedens sind miteinander eng verbunden.“

Filmverbot. Die Regierung in Wiesbaden hat die Aufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ in zwei Lannusorten verboten.

Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage. Hierzu 2 Beilagen

# HERMANN TIETZ

## Rekordtage!

Diese bekannte Gross-Veranstaltung unserer Firma bietet für jedermann eine selten günstige Kaufgelegenheit!

Theater, Lichtspiele usw.

**Staats Theater**  
Sonnabend den 24. Februar  
Staatsooper Unter den Linden  
19½ Uhr  
**Der Rosenkavalier**  
staatliches Schauspielhaus  
20 Uhr  
**Die endlose Straße**

**Winter Garden**  
8 Uhr 15. Flora 3434, Rauchenert.  
**Gsovsky - Ballett**  
**Medini-Trio**  
**Rassana**  
**Lotte Werkmeister**  
**Die lustigen Weintraubs usw.**  
Sonnabend und Sonntag nach neu-m. 4 Uhr zu kleinen Preisen.

**SCALA**  
Tägliche Vorstellungen  
**LA TERESINA**  
**FELIX BRESSART**  
mit SANBORN  
**CASS, MACK & OWEN** usw.

**CASINO-THEATER**  
8½ Uhr. Lothringer Str. 37 8½ Uhr  
Nur noch bis Sonntag, 5. März, auch Sonntag 4 Uhr:  
„Der Fürst von Pappenheim“  
Ab 6. März: „Die tolle Lola“  
Gutscheine 1-4 Personen Parkett 0,50 Fauteuil 0,75, Sessel 1,25

**HAUS VATERLAND**  
Kulturnachrichten  
**Das P**  
Vergnügungs-Restaurant  
**Berlins**  
BETRIEB KEMPKINSKI

**Großes Schauspielhaus**  
Zum 75. Male  
**Rosy Barrony**  
**Margret Pfahl**  
**Det. Deneé**  
**Ball im Savoy**  
Königliche Operette v. Paul Strakosky  
3. u. 8. Reihe  
Trude Berliner,  
Sängerin u. a. gr. Ensemble  
Sonn. nachm. 3½ u. Halbe Preise

**Er kommt!**

**Stettiner Sängers**  
Reichshallen-Th., Dönhoffpl.  
8.15, Sonntags 3.30  
zu ermäßigten Preisen  
Das große Februarprogramm  
„Karneval“  
**NEUE WELT**  
Arnold Schulz - 9. Bahn Hermannstr. Kassenlos 108/14  
**Gr. Bockbierfest!**  
mit Franz Baumann,  
**Betty Sedlmayr, Alice Hechy** und viele andere  
6 Kapellen Einlaß 7 Uhr

**Stadt. Oper**  
Charlottenbur.  
Fraunhofer 0231  
Sonnabend, 25. Feb.  
20 Uhr  
Turnus III  
**Der fliegende Holländer**  
Friedrich, Zador,  
Rude, Baumann,  
Burgwinkei, Ludwig  
Dirigent: Stiedry

**VOLKSBUHNE**  
Theater am Bülowplatz  
Täglich 8¼ Uhr D I Norden 6336  
**Die Sardinentischer**  
von Cassonier. Regie: R. Zindler  
**Luise Rainer, Karchow, Thau, Marlow**  
**Halde, Stein, Horney, Almas, Dahlke**

**Komödienhaus**  
Schiffbauerdamm 2  
Tel. 37 West. 830-05  
Täglich 8¼ Uhr  
**Achtung.**  
**(risch gestrichel.**  
**Immungsratenschaft der Juweliere, Gold- u. Silber-Schmiede (Zwangs-) Innung zu Berlin**  
**Bekanntmachung**  
Der in unserer Ausschussung vom 26. November 1932 beschlossene V. Nachtrag zu unserer Satzung ist vom Oberverwaltungs-gesamt Berlin genehmigt worden. Der Tag des Inkrafttretens ist der 14. Januar 1933.  
Druckexemplare sind im Rosenhof erhältlich.  
Der Vorstand:  
Max Holt, Hugo Herz, Vorsitzender, Schriftführer.

**Carov's**  
Lechtöhne  
Weinbergweg 20  
Tel. D. 2, 2174  
Beginn 7½

**Rose-Theater**  
n. d. Frankfurter Straße 11  
Tel. Weidner 17 342  
5.15, 8.30 Uhr  
**Der Hasenfellhändler**  
8½ Kleines Th.  
Unter d. Linden 44  
Merkur 1624  
Truppe 1931  
**Wer ist der? Ödumme!**  
Preis 75 Pf. h. 4.-M.  
Sonntag saecm. 9½  
Alle no Preis

**Ortskrankenkasse des Buchdruckgewerbes, der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin**  
(Rosenhofstr. 6, Alexanderstr. 44)  
Die vom Ausschuss der Kasse beschlossene neue Krankenordnung ist vom Versicherungsamt der Stadt Berlin, Zentralabteilung, am 7. Februar 1933 genehmigt worden und damit in Kraft getreten. Druckstücke der Krankenordnung sind im Rosenhof erhältlich.  
Berlin, den 15. Februar 1933.  
Der Vorstand.

**Deutsches Theater**  
D 2 Weidend. 4116  
Mittwoch, 1. März  
8 Uhr  
Erstaufführung  
**Das große Welttheater**  
von Hugo v. Hofmannsthal  
Regie: Max Reinhardt

**Theater im Admiralspalast 8**  
**Richard Tauber**  
in  
**Frühlingsstüchme**  
Wegen der bevorstehenden Wahl bleibt das Theater vom Montag, dem 27. Februar bis einschli. Mittwoch, dem 8. März, geschlossen

**Gewinnauszug**  
5. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.  
Ohne Gewähr Nachdruck verboten  
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II  
15. Siebungstag 24. Februar 1933  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

**Beitrags Marken**  
CONRAD MÖLLER  
SCHNEIDERSTR. 11  
10120  
BERLIN  
TELEFON 535

**Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Lichterfelde**  
Der 8. Nachtrag zur Satzung ist unter dem 15. Februar 1933 vom Oberverwaltungsamt genehmigt  
Genehmigt sind die §§ 10, 22, 33, 41, 43, 45, 46 bis 7 und 91.  
Der Nachtrag tritt, soweit er die §§ 22, 33, 41 und 43 betrifft, mit dem 1. Dezember 1932, bezüglich des § 10 mit dem 1. Januar 1933 und im übrigen mit dem 8. Februar 1933 in Kraft.  
Druckstücke der Satzungsänderung sind in einigen Lagen bei der Kasse erhältlich.  
Der Vorstand:  
Brandenburger, Michel, Vorsitzender, Schriftführer.

**Schiller**  
Altmärkstr. 134a  
Steinpl. (C 1) 6715  
Täglich 8¼ Uhr  
**Louis Graveure**  
singt in  
„LaVallière“  
Preise 1 bis 3 M  
**Theater**

**Deutsches Bühnentheater**  
Th. d. Schauspielers  
Barbarossa 6643  
Täglich 8¼ Uhr  
**Automaten-Büchlein**  
Komödie mit Musik  
Agnes Strakosky, Stehova, Hüttiger, Trest-Trestsch  
Sonntag 4 Uhr  
**Kamot der Tertia**

**Deutsches Bühnentheater**  
Th. d. Schauspielers  
Barbarossa 6643  
Täglich 8¼ Uhr  
**Automaten-Büchlein**  
Komödie mit Musik  
Agnes Strakosky, Stehova, Hüttiger, Trest-Trestsch  
Sonntag 4 Uhr  
**Kamot der Tertia**

**Verkäufe**  
Lager  
Zentral-Station  
Kochherde  
jeder Art u. Größe  
Riefenauswahl  
Zerlegung trans-  
portable Kochherde  
Badewannen-Ofen  
Küchenschrank  
Die alte  
Firma  
und  
Hilfs-  
Arbeiter  
Preisverträge 99  
Dannowitz F 7 6631

**Besonders wirksam sind die in der Gesamt-Auflage billig!**  
des Vorwärts und trotzdem

**Kurfürstend-Str.**  
Das Theater ohne  
Bon-Wirtschaft  
Kurfürstendamm 268  
Bism. 1400  
8¼ Uhr  
**Glückliche Reise**  
Operette von Klänke  
Preise von 0,50 bis  
E.-M.

**B. B. B.**  
Jendows Haus östlich  
-Hübner Straße 3  
Oberbaum 3000  
8¼ Uhr  
Sonntag auch 1¼ U  
**Wilhelm Bendow**  
**Der scharfe Löwe**  
Alice Hechy

**Verkäufe**  
Lager  
Zentral-Station  
Kochherde  
jeder Art u. Größe  
Riefenauswahl  
Zerlegung trans-  
portable Kochherde  
Badewannen-Ofen  
Küchenschrank  
Die alte  
Firma  
und  
Hilfs-  
Arbeiter  
Preisverträge 99  
Dannowitz F 7 6631

**Verkäufe**  
Lager  
Zentral-Station  
Kochherde  
jeder Art u. Größe  
Riefenauswahl  
Zerlegung trans-  
portable Kochherde  
Badewannen-Ofen  
Küchenschrank  
Die alte  
Firma  
und  
Hilfs-  
Arbeiter  
Preisverträge 99  
Dannowitz F 7 6631

**KLEINE ANZEIGEN**  
Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf.  
Wiederholungsabgabe: 3 mal 5%, 8 mal 7½%, 12 mal 10%, über 10.0 Worte Abschluß 10%, 2000 Worte 15%, 000 Worte 20%. Annahme durch den Verlag Lindenstr. 3 (1/9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

**Verkäufe**  
Lager  
Zentral-Station  
Kochherde  
jeder Art u. Größe  
Riefenauswahl  
Zerlegung trans-  
portable Kochherde  
Badewannen-Ofen  
Küchenschrank  
Die alte  
Firma  
und  
Hilfs-  
Arbeiter  
Preisverträge 99  
Dannowitz F 7 6631

**Verkäufe**  
Lager  
Zentral-Station  
Kochherde  
jeder Art u. Größe  
Riefenauswahl  
Zerlegung trans-  
portable Kochherde  
Badewannen-Ofen  
Küchenschrank  
Die alte  
Firma  
und  
Hilfs-  
Arbeiter  
Preisverträge 99  
Dannowitz F 7 6631

**Verkäufe**  
Lager  
Zentral-Station  
Kochherde  
jeder Art u. Größe  
Riefenauswahl  
Zerlegung trans-  
portable Kochherde  
Badewannen-Ofen  
Küchenschrank  
Die alte  
Firma  
und  
Hilfs-  
Arbeiter  
Preisverträge 99  
Dannowitz F 7 6631

**Verkäufe**  
Lager  
Zentral-Station  
Kochherde  
jeder Art u. Größe  
Riefenauswahl  
Zerlegung trans-  
portable Kochherde  
Badewannen-Ofen  
Küchenschrank  
Die alte  
Firma  
und  
Hilfs-  
Arbeiter  
Preisverträge 99  
Dannowitz F 7 6631

**Möbliertes Zimmer**  
Südosten, bei Parteigenossen gesucht. Offerten unter „R 284“ an „Vorwärts“-Verlag, Berlin, Lindenstraße 3, erbeten.